Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—7. Sept. 600000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 100000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf {905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250000 Mark, auswärtige 300000 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200000 Mk., für Reklamen 1000000 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf {926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 205. Montag, 3. September 1923. 30. Jahrgang.

Mussolinis Gewaltpolitik.

Die Besetzung Korfus.

London, 1. September.

Wie aus Athen gemeldet wird, wurde Korfu besetzt, nachdem die Stadt ohne vorherige Anzeige während einer halben Stunde bombardiert worden war. Durch das Bombardement der italienischen Kriegsschiffe wurden 15 Personen getötet. Die Granaten zerstörten ein Gebäude, das früher als Kaserne der englischen Polizei gedient hatte und jetzt Flüchtlinge beherbergte.

Athen, 1. September.

Der italienische Gesandte teilte Freitag dem griechischen Außenminister mit, daß die griechische Antwort von der italienischen Regierung als ungenügend bezeichnet worden sei und daß die italienische Regierung der griechischen fünf Stunden Zeit gebe, eine neue Antwort abzufassen. Um 5 Uhr begab sich der italienische Gesandte von neuem in das Außenministerium, wo er eine neue Note überreichte, nachdem die Besetzung von Korfu durch italienische Truppen nachmittags 4 Uhr angezeigt wurde.

Rom, 1. September.

Nach der Besetzung der Insel Korfu richtete der Oberbefehlshaber der Flotte Admiral Sulari an die Bewohner eine Proklamation, in der er sagt, daß die Besetzung infolge der Ermordung der italienischen Militärdelegation auf griechischem Boden und der Weigerung der griechischen Regierung, die Forderungen Italiens zu erfüllen, erfolgt sei. Die Besetzung sei keine kriegerische Handlung, sondern solle lediglich die feste Entschlossenheit Italiens bekunden, die ihm geschuldeten Reparationen zu erlangen. Die Besetzung trage einen vorübergehenden und friedlichen Charakter und werde diesen Charakter behalten, solange die Haltung der Bewohner der Insel die italienische Kommandobehörde nicht nötige, besondere Maßnahmen zum Schutze der italienischen Truppen zu ergreifen.

Ausdehnung der Besetzung?

TU. Rom, 1. September.

In unterrichteten Kreisen hält man die Möglichkeit für vorliegend, daß der Plan Mussolinis bereits in den „nächsten Stunden" durch die Besetzung anderer Inseln eine Ausdehnung erfährt.

Wie die Besetzung Korfus vor sich ging?

TU. London, 1. September.

Amtliche Berichte aus Korfu melden, daß die griechische Garnison, die das Fort Vecchia besetzt hielt, sich auf die erste Aufforderung des Kommandanten des Torpedobootes Premuda weigerte, die Waffen zu strecken. Der Kommandant befahl darauf die Beschießung des Forts durch ein dreizölliges Geschütz. Nach dem italienischen Bericht zogen die Griechen sofort darauf die weiße Flagge auf. Der Kommandant der Premuda signalisierte darauf an die Schlachtschiffe und Transporte, sich dem Fort Vecchia zu nähern. Die Ausbootung der italienischen Truppen begann um 5 Uhr nachmittags. Zuerst wurde das Fort besetzt, darauf die Stadt und jetzt schreitet die Besetzung der ganzen Insel vor sich. Admiral Solari, der den Befehl über Korfu führt, erklärt in einer Proklamation an die Einwohner den „friedlichen temporären Charakter" der militärischen Besitzergreifung. Er warnt die Bevölkerung jedoch, ihn nicht dazu zu zwingen, „besondere Maßnahmen ergreifen zu müssen, um die Sicherheit der italienischen Truppen zu gewährleisten." — Die Insel hat etwa 132 000 Einwohner, von denen 50 000 in der Stadt Korfu leben.

Annexion?

TU. Rom, 1. September.

Offiziös wird geräuschvoll erklärt, daß 33 Prozent der Bevölkerung italienischer Abstammung sei. Ueberall auf der Insel werde italienisch gesprochen und die Insel selbst gehörte 400 Jahre lang zu Venedig, bis Napoleon die Republik Venedig auflöste.

Vermittlung?

Die englische Regierung ist stark bemüht, den italienisch-griechischen Konflikt durch den Völkerbund regeln zu lassen. Sie hat bereits entsprechende Schritte unternommen, gleichzeitig aber auch einen Teil ihrer Flotte in die griechischen Gewässer entsandt, um im Eventualfall zur Verteidigung eigener Interessen eingreifen zu können. **Italien ist einer Regelung des Konfliktes vor dem Völkerbund vorläufig noch abgeneigt.** Mussolini scheint sogar die Absicht zu haben, jeden Interventionsversuch abzulehnen. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die jetzt von einem Teil der italienischen Presse offen ausgesprochene Absicht auf Annexion Korfus gelingen dürfte. Unter diesen Umständen ist die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß Italien zur Stärkung seiner Position versuchen wird, durch Zugeständnisse in der Reparationsfrage die französische Regierung auf seine Seite zu spielen. Inwieweit das gelingt, muß vorläufig abgewartet werden.

Ein offenes Wort.

Das Ziel der Verständigung wird gegenwärtig nicht nur von der deutschen Sozialdemokratie verfolgt, sondern ist auch von der Reichsregierung zu einem Programmpunkt der von ihr zu verfolgenden Politik gemacht worden. Besser konnte der Volksstimmung nicht Rechnung getragen werden! Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht nichts sehnlicher als eine Erledigung der bestehenden Konflikte, weil sie davon überzeugt ist, daß wir ohne Verständigung nie wieder lebensfähig werden. Im Laufe der letzten Jahre ist sie darüber aufgeklärt worden, daß zum Wiederaufbau vor allen Dingen Ruhe und Ordnung — ein wahrer Friede notwendig ist.

Nur ein ganz winziger Teil unserer Bevölkerung schwört auf eine Politik des ewigen Hasses gegenüber Frankreich, um damit gleichzeitig parteitaktische Ziele im Innern zu verwirklichen! So wünschen z. B. unsere Deutschnationalen die Fortsetzung des Ruhrkonfliktes unter allen Umständen, sie wollen nicht mehr und nicht weniger als das Chaos, weil sie in der Einbildung leben, daß nur nach vollkommener Vernichtung der Volksgemeinschaft die verschwundene Monarchie wieder aubauen können. Ihre Gedanken kreuzen sich also mit den Gedankengängen unserer Moskowiter. In Worten wollen beide unser Volk vor dem Untergange retten, während sie in Wirklichkeit zunächst nichts sehnlicheres wünschen als den Zerfall des Reiches und die endgültige Katastrophe, die durch eine rücksichtslose Fortsetzung des Ruhrkampfes vom Westen Deutschlands ihren Ausgang nehmen soll. Mit Entschiedenheit wird deshalb heute jede Regung, die nach Verständigung trachtet, bekämpft und jeder vernunftvolle Hinweis, der einer Lösung des Ruhrkonfliktes dienen könnte, wird als Landesverrat gegenüber dem Volk und als Dolchstoß gegenüber der Abwehrfront bezeichnet.

Leider finden die Gegner einer Verständigungspolitik in unserem Volke zeitweise unberufene Unterstützung. Als wir in diesen Tagen darauf verwiesen, daß die von Tom Shaw ausgearbeiteten Richtlinien über die Möglichkeit einer Beilegung des Ruhrkonfliktes Zustimmung bei den Abwehrausschüssen der besetzten Gebiete, als einzig ordnungsmäßige Vertreitung der im Abwehrkampf stehenden Volksmassen gefunden hat, versuchten uns einige große bürgerliche gemäßigte Zeitungen einer Handlungsweise zu beschuldigen, die uns nicht nur ferngelegen hat, sondern die wir bisher auch entschieden bekämpften. Wir haben bis jetzt aus bestimmten Gründen die unberechtigten Vorwürfe über uns ergehen lassen. Aber es scheint uns jetzt doch notwendig, erneut festzustellen, daß die in den letzten Wochen in Berlin versammelten Abwehrausschüsse aus den besetzten Gebieten mit Nachdruck von der Reichsregierung eine Politik der Verständigung gefordert haben. Die Abwehrausschüsse sind in Uebereinstimmung mit der Ruhrbevölkerung bereit zu einem vernünftigen Kompromiß und zur Verzichtleistung auf den passiven Widerstand, sobald sich Frankreich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen, die Gefangenen freizugeben und allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung zu bieten. Wir bedauern nur, daß es möglich sein konnte, an diese Auffassung Alarmartikel zu knüpfen, obwohl sich jeder abwägende Politiker sagen sollte, was die innere Lage Deutschlands erfordere. Deshalb muß einmal klar ausgesprochen werden, daß nicht die Kritiker in der Etappe darüber zu bestimmen haben, wann und wie der Ruhrkampf abgebrochen wird, sondern nur diejenigen, die jetzt seit fast neun Monaten den Kampf an der Ruhr führen. Vertreter dieser Volksmassen haben in Berlin gesprochen und die Reichsregierung hat in Uebereinstimmung mit ihnen bestimmte Schritte unternommen, die auf eine Verständigung hinzielen. Eigentlich wäre es Pflicht der Reichsregierung gewesen, das vor aller Oeffentlichkeit in einer Form festzustellen, die der Sachlage angepaßt war. Jedenfalls hätte das zur Beruhigung gewisser aufgeregter Geister mehr gedient als jene zweideutigen Dementis, die inzwischen durch den Pressechef das Licht der Welt erblickten.

Die Regierung als verantwortliche Instanz für die Politik des Reiches muß den Mut haben, früh genug das zu sagen, was aus innerpolitischen Gründen notwendig ist. Sie muß sich gleichzeitig aber auch der innerpolitischen Gefahren bewußt sein, die jetzt bereits wieder auftauchen und durch Kommentare einer gewissen Presse an wahrheitsgemäßen Angaben über die Beilegung des Ruhrkonfliktes grell zutage getreten sind. Von vornherein ist eine neue Dolchstoßlegende unmöglich zu machen, nicht nur weil diese Legende neuen Haß im Volke erweckt, sondern vor allem, weil sie auf Lug und Trug aufgebaut ist. Es ist erfreulich, daß der Reichsinnenminister den Verrätern am Volke in einem Interview gegenüber einem Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlaments-Dienstes" bereits den entschiedenen Kampf angesagt hat. Dieser Kampf ist notwendig, er muß geführt werden mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes, die für eine Verständigung ist. Diese Verständigung hat nichts mit Kapitulation gemeinsam. In Wirklichkeit wünschen diejenigen eine Kapitulation, die andere des Dolchstoßes bezichtigen. Am wenigsten denkt die Sozialdemokratie daran, einer Kapitulation auch nur das Wort zu reden. Sie hat von jeher Realpolitik getrieben und sie läßt sich bei ihrer gegenwärtigen Einstellung zum Ruhrkonflikt genau so von der Vernunft leiten wie das Kabinett Stresemann. Lug und Trug aber müssen dieser Vernunft weichen, gegebenenfalls auch mit Gewalt.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Für Verhandlung!

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Angesichts der Zustände im Ruhrgebiet ist der Wunsch nach einer erträglichen Beendigung des Kampfes innerhalb der Bevölkerung fast Allgemeingut. Soweit die Betriebe nicht restlos stillliegen, leisten sie unproduktive Arbeit. Daraus ergibt sich, daß heute die Ruhrbevölkerung im wesentlichen von der Notenpresse lebt. Die katastrophalen Vorgänge auf dem Devisenmarkt haben die Erkenntnis reifen lassen, daß dieser Zustand nicht ewig fortdauern kann. Hinzu kommen die Sorgen über den bevorstehenden Winter. Eine Millionenbevölkerung, die auf Kohlen sitzt, hat für die rauhe Jahreszeit keine Vorbereitungen treffen können, da Kohle nicht zu haben ist, und ebenso hatte sie bisher keine Möglichkeit, die Kartoffelversorgung für den Winter vorzunehmen. Es ist deshalb allzu verständlich, wenn der Drang nach einer befriedigenden Lösung immer stärker wird und man spricht nur im Sinne der Bevölkerung, wenn man sagt, daß sie eine erträgliche Beilegung des Ruhrkampfes unter den gekennzeichneten Umständen vollkommen billigt. Ausgeschlossen ist, daß die im Abwehrkampf stehenden Bewohner an der Ruhr und an der Emscher deutschnationalen Wahnsinnsideen zugänglich sind. Nirgendwo erkennt man den Sinn der deutschnationalen Propaganda gegen eine Verständigung besser als im Ruhrgebiet. „Deutschnationale Katastrophenpolitik" und „deutschnationaler Stimmenfang" sind Ausdrücke, die als Kennzeichnung der jetzt von den Deutschnationalen betriebenen Politik dem aufmerksamen Beobachter der Volksstimmung im Ruhrgebiet unter noch kräftigeren Worten der Empörung immer wieder zu Ohren kommen. Nicht ausharren bis zum Chaos will unsere Bevölkerung — das überläßt sie den Deutschnationalen in der Etappe — was sie will, ist eine Verständigung auf erträglicher Basis, die dem Chaos vorbeugen soll. Eine Grundlage hierzu steht vor allem die Arbeiterschaft in den Richtlinien des englischen Arbeiterführers Tom Shaw über die Beilegung des Ruhrkonfliktes. Ein guter Gradmesser für die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft, die sich heute noch mit Entschiedenheit gegen jeden gewaltsamen Eingriff der Besatzungsmächte in ihre Rechte wehrt — das kann man leider im allgemeinen von der bürgerlichen Bevölkerung nicht mehr behaupten — ist u. a. auch unsere Presse im besetzten Gebiet, die restlos die Artikel des „Soz. Parlaments-Dienst" über die Notwendigkeit einer Verständigung mit Zustimmung veröffentlichte. Auch maßgebende bürgerliche Organe des Westens haben sich dem Inhalt dieser Artikel, insbesondere die in ihnen enthaltenen Voraussetzungen über die Beilegung des Konfliktes, angeschlossen.

Die Ruhrbevölkerung erwartet jetzt, daß die Reichsregierung ihrem Willen Rechnung trägt und keinen Versuch zu einer Verständigung unterläßt. Vor allem die Arbeiterschaft stellt sich geschlossen hinter das Kabinett und wird jeden Versuch von deutschnationaler Seite, die notwendigen Verständigungsbestrebungen als „Dolchstoß der Regierung" zu kennzeichnen, in einer Form zu beantworten wissen, die Landesverrätern gegenüber angewendet werden muß.

Brandkatastrophe und Springflut in Jokohama.

TU. San Franzisko, 1. September.

Unter dem Einfluß eines scharfen Windes haben sich die Flammen, die überall in Jokohama ausgebrochen sind, von Stadtviertel zu Stadtviertel verbreitet und die Bambushäuser in Brand gesteckt. Gewisse Stadtviertel, die von Kanälen umgeben sind, wurden von den Flammen verschont. Man glaubt, daß allein in Jokohama 1000 Personen umgekommen sind. Der Turm Asapus ist zusammengestürzt. Auf der Reede von Jokohama ist eine Springflut eingetreten. Mehrere Schiffe gingen unter.

Auch Tokio in Flammen?

London, 1. September.

Eine drahtlose Nachricht aus San Franzisko teilt mit, daß infolge des Erdbebens auch Tokio in Flammen steht. Zahlreiche Gebäude sind zusammengebrochen, die Wasserleitungen zerstört. Viele Verwundete füllen die Straßen. Die Stadt ist in ein Flammenmeer gehüllt. Nur der Stadtteil von Tokio ist vorläufig von den Flammen verschont geblieben. Weitere Meldungen aus Tokio berichten, daß zahlreiche Züge, die auf Tokio zufuhren, von den Schienen stürzten und zerstört worden sind. Alle Eisenbahnlinien, die nach Tokio führen, sind in einem Umkreis von etwa 100 englischen Meilen zerstört worden.

Der Kaiserpalast in Tokio zerstört.

TU. San Franzisko, 3. September.

Der kaiserliche Palast in Tokio steht in Flammen. Der Regierungsregent Hire Hioto sowie die ganze kaiserliche Familie sind gerettet und befinden sich wohl.

Dollar 11000000.

Südtirols Bollwerk.

Gegen faschistische Räuberei.

SPD. Mit Abscheu blicken die einen, mit Bewunderung die anderen auf das Regime der Faschisten in Italien, die buchstäblich mit Feuer und Schwert, Terror und Vergewaltigung sich die gesamte Bevölkerung des Königreichs unterwerfen. Wer erinnert sich nicht der loyalen Versprechungen von Selbstverwaltung usw., die bei der Annexion Südtirols von Rom aus der deutschen Bevölkerung gegeben wurden, und heute erlebt man, wie ein rasend gewordener Chauvinismus den Südtirolern ihr Deutschtum aus Leib und Seele hinauszupeitschen sucht. Wer dort unten deutsch fühlt — und das tun fast alle mit Ausnahme der vom Süden Zugereisten — leidet schwer unter der faschistischen Diktatur, voran die Arbeiterschaft, die sich nicht herbeilassen will, Mussolini und seinen Henkern den Nacken zu beugen. Das erkennt man mit erfreulicher Deutlichkeit aus folgenden uns aus Bozen zugehendem Bericht:

Bozen, 22. August.

Seit Monaten bemüht sich der hiesige Unterpräfekt Bolis um den Aufbau der faschistischen-syndikalistischen Bewegung. Durch den zwangsweisen Ausschluß von deutschen Angestellten- und Beamtenorganisationen ist ihm dies bis zu einem gewissen Grade auch gelungen. **Aber als Bollwerk steht ihm die freiorganisierte Arbeiterschaft Südtirols im Wege,** und so bequemte man sich kurzerhand, den Bozener Gewerkschaften einfach das von ihnen 1910 erbaute Gewerkschaftshaus gewaltsam wegzunehmen samt der Druckerei und der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volksrecht". Am 16. August wurden unsere führenden Genossen zum Unterpräfekten gerufen und ihnen dort dargelegt, daß die von den Faschisten erhobene Forderung auf Auflösung der freien Gewerkschaften und auf Uebergang des Gewerkschaftshauses samt der Druckerei zu Recht bestehe und daß man nichts anderes machen könne als das Haus übergeben. Selbstverständlich lehnten unsere Genossen eine Anerkennung dieser Erpressung ab und wollten die Entscheidung in die Hände einer Vertrauensmännerkonferenz legen. Darauf erschien aber noch am selben Abend in Begleitung des Unterpräfekten eine Gruppe von Faschisten im Gewerkschaftshaus, erklärte die Besetzung als vollzogen, verriegelte sämtliche Räume und stellte Wachen aus. Widerstand wäre zwecklos gewesen. Eine von den Vertrauensleuten der Bozener Arbeiterschaft am folgenden Tage abgehaltene Konferenz beschloß einmütig eine große Protestaktion, als deren Grundlage ein ausführliches an die Regierung und die zuständigen Behörden geleitetes Memorandum anzusehen ist. In diesem Schriftstück heißt es zum Schluß:

„Als Bürger eines freien Staates, der sich unter die zivilisierten Länder Europas rechnet, weisen die freien Arbeiter mit Würde die Aufforderung zurück, sich einer Organisation anzuschließen oder zu unterstellen, deren Tendenzen im Gegensatz zu den Direktiven stehen, die von unserer Organisation und ihren Mitgliedern bisher befolgt wurden. Mit dieser Stellung befinden wir uns sicherlich in Uebereinstimmung mit den gesunden Prinzipien jeder Kulturnation. Das an uns gestellte Ansinnen wird weiter als mit den Grundsätzen der Freiheit, des Gewissens und des Gedankens in Widerspruch stehend und als Einschränkung der durch das Staatsgrundgesetz garantierten Rechte angesehen, welche durch das Gesetz noch nicht unterdrückt sind. Unbeugsam in der Weiterverfolgung unserer Ziele und übereinstimmend mit jenem Teil der Arbeiter Italiens und des Auslandes, der dem internationalen Versöhnungsgedanken huldigt, wird hiermit die geschilderte Bedrückung der Arbeiter des Alto Adige bekanntgegeben. Wir reklamieren von Seite der Behörden und hauptsächlich vom Chef der Regierung die Beachtung der Gesetze und die sofortige Rückgabe des Gewerkschaftshauses an seine rechtlichen Besitzer und gleichzeitig die Wiederherstellung des Koalitions- und Versammlungsrechtes sowie der Freiheit der Presse, des Gedankens und der Aktion, garantiert zum Schutze aller Bürger, also auch der Arbeiter. . ."

Die Südtiroler Arbeiterschaft ist sich wohl bewußt, daß unter den augenblicklichen Umständen ihr Protest keinen Erfolg haben wird und sie weiß, daß die faschistischen Räuber für die nächste Zukunft nun auch das mit deutschen Arbeitergroschen erbaute Gewerkschaftshaus als Hauptstützpunkt für die weitere Durchführung ihrer Pläne benutzen werden. Sie ist aber nicht minder überzeugt, daß sich früher oder später diese brutale Vergewaltigung der staatsbürgerlichen Freiheiten und sogar des privaten genossenschaftlichen Eigentums bitter rächen wird. Bis dahin wird die deutsche Arbeiterschaft Südtirols in unbeugsamen Willen durchhalten.

Wahlkampf in Deutschösterreich.

Wahlaufruf der Sozialdemokraten.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht einen Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die Neuwahlen zum Nationalrat am 21. Oktober. Der Aufruf wendet sich in scharfen Worten gegen die christlichsozial-großdeutsche Regierung, welche um den Preis der Unterwerfung unter den französischen Imperialismus die Krone stabilisiert habe und auf Beseitigung der Republik hinarbeite. Es gelte die Republik zu festigen und die Regierung Seipel als eine Regierung der Reaktion zu stürzen. Wir Sozialdemokraten, heißt es in dem Aufruf, betrachten alle als Verräter am deutschen Volke, welche die Entscheidung über die deutsche Einheit von augenblicklichen Valutakursen abhängig machen, mögen das nun die von Frankreich bezahlten Separatisten im Rheinland oder die Schwarzgelben in Deutschösterreich sein. Unsere wirtschaftliche Zukunft und politische Selbständigkeit werden errungen und gesichert im Rahmen des gewaltigen deutschen Siebzigmillionen-Volkes, nicht in dem von allen Nachbarstaaten unerträglich abhängigen Kleinstaate. Darum bleibt unser Ziel: Anschluß an Deutschland. Wir müssen Habsburgs Wiederkehr verhindern und die Republik erhalten, um in der ersten Stunde, in der es die internationalen Verhältnisse erlauben, den Anschluß vollziehen zu können.

Abbau des Beamtenapparats?

Im Zusammenhang mit der Frage der Vorauszahlung der Beamtengehälter ist auch das Thema des Abbaues des Beamtenapparates wieder aufgegriffen worden. Wie wir von unterrichteter Seite hierzu erfahren, liegen zurzeit keine neuen Pläne über den Abbau des Verwaltungsapparates vor, allein Reich, Länder und Parteien sind sich darüber klar, daß das heiße Eisen demnächst einmal angefaßt werden muß. Das Problem wird durch die Verschärfung nicht leichter lösbar. Aus Angst vor der Unpopularität scheute man sich die letzten Jahre, offen und rückhaltlos den unhaltbaren Zustand zu kritisieren, daß das alte Deutschland 770 000 Beamte und das neue fünfviertel Millionen hat. Gewiß, es mußten Flüchtlinge aus allen Weltgegenden und aus allen Ecken und Enden des Reiches untergebracht werden. Aber auf die Dauer kann sich die Republik einen übergroßen Verwaltungsapparat einfach nicht leisten. Man hat viel zu viel Arbeitskräfte in das Beamtenverhältnis übergeführt und sich damit selbst die Hände gebunden. Ferner haben wir eine viel zu große Zahl von außerplanmäßigen Beamten und leider haben die Länder bisher verfehlt, mit dem guten Beispiel vorzugehen, auch jene Länder, welche, wie z. B. Bayern, das Anschwellen des Beamtenapparates besonders scharf kritisierten. Wohl hat der Reichstag immer stärker die Forderung der Abbau-Gesetzgebung verlangt, wohl sind auch eine Reihe von Stellen, besonders bei der Eisenbahn, eingegangen, wohl dürften bei dem Reichswanderungsamt größere Abstriche gemacht werden, allein das alles kann nicht genügen. Das Beamtenabfindungsgesetz sieht nun einen freiwilligen Abgang vor. Die Folge davon dürfte aber sein, daß die guten Kräfte weggehen und die weniger tüchtigen bleiben. Der allgemeine Abbau kann bei uns natürlich nicht so wie in Oesterreich vor sich gehen, wo man die Beamten auf die Straße setzte. Auch kann man die Entlassenen nicht der Fürsorge zur Last fallen lassen: Wesentlich ist die Ueberführung der Entlassenen in eine neue produktive Tätigkeit. Für die Siedlungstätigkeit dürften nur wenige in Frage kommen, da augenblicklich noch tausende von landwirtschaftlich vorgebildeten Anwärtern, vor allem aus dem Osten, auf die Bereitstellung von Siedlungsland warten. Auf alle Fälle ist es notwendig, daß ein Spezialarbeitsnachweis beizeiten für ein Unterkommen der Entlassenen sorgt. Das würde in volkswirtschaftlicher Hinsicht den Staat und in sozialer Hinsicht den Entlassenen halbwegs zufriedenstellen. Sind die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen, dann könnte man im Reich endlich einmal an einen Abbau um mindestens 200 000 bis 300 000 Beamte herangehen.

KPD. besorgt alles!

Die Kommunisten auf Bauern- und Beamtenfang.

Die kommunistischen Biedermänner, die „niemals lügen", sondern die „Lüge nur als Kampfmittel" benützen, die rücksichtslos ihre auf den vollständigen Zusammenbruch Deutschlands gerichteten Ziele verfolgen und sich bei jedweder Abwehr ihres Treibens als verfolgte Unschuldslämmer aufspielen, suchen sich jetzt überall und bei jedem als Wunderdoktoren einzuschmuggeln. „Helfe, was helfen mag, wenn es nur unsere Zwecke fördert", ist ihre neueste Parole. Sie haben nicht nur versucht, sich bei der Arbeiterschaft anzubiedern, sie sind bereits bei den Völkischen angekommen und gehen jetzt gleichzeitig den Bauern und den Beamten um den Bart. Sie versprechen allen Hilfe, wenn erst „die Arbeiter- und Bauernregierung, die Diktatur des Proletariats" oder die Regierung des Mondes" erreicht ist. Die Beamten freilich sehen — von gewissen höheren Gruppen abgesehen — in ihrer Mehrzahl selber ein, daß eine vierteljährliche Vorauszahlung ihrer Gehälter nicht mehr durchführbar ist; schon rein rechnerisch nicht, weil kein Mensch im voraus wissen kann, wieviel etwa am 1. Oktober zu zahlen wäre, um bis Neujahr davon zu leben. Aber auch finanziell nicht, weil einmal die Mittel dazu nicht mehr aufzubringen sind oder nur durch eine unmögliche Zurücksetzung aller übrigen Arbeitnehmer. Die Kommunisten suchen jedoch auch diese Gelegenheit für ihre Zwecke auszuschlachten, machen die „Rote Fahne" zum berufenen Organ „gegen die Beamtenhetze", die die ganze Presse und vor allem der „Vorwärts" treibe.

Es ist wirklich ein Schauspiel für Götter, die Kommunisten als Wortführer der Beamtenschaft zu sehen. Schon wenn sie sich als Vertreter der bäuerlichen Interessen aufspielen, ist das heiter. Aber wer ihren Dauerkampf gegen die „Bureaukratie", gegen das Beamtentum als Ganzes kennt, wer da weiß, daß die Beamten von ihnen nicht anders als die „Schergen" der Ebert-Republik beschimpft zu werden pflegen, der kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn er sieht, wenn die Revolutionäre vom Gepräge Ruth Fischers jetzt plötzlich Beamtenpartei spielen möchten. So was von „Opportunismus", wie ihn diese „Revolutionäre" treiben, ist allerdings noch nicht dagewesen.

Es ist noch nicht lange her, da glaubten die Kommunisten der Welt begreiflich machen zu können, die Sozialdemokratie sei aus einer Arbeiter- zur Beamtenpartei geworden. Und sie wußte des Hohns kein Ende. Jetzt möchte sie gern selbst die Beamten einfangen, damit sie mit den Bauern zusammen eine Sowjet bilden. Sie werden sich indessen wieder einmal täuschen, wie schon so oft.

Reichsregierung und Rechtshetze.

Der Reichsinnenminister brandmarkt die Deutschnationalen.

Einem Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes gegenüber machte Genosse Sollmann u. a. folgende Aeußerungen:

Die Deutschnationale Volkspartei verkündigt rücksichtslosen Kampf gegen die republikanische Reichsregierung. Von einer Partei, die die monarchische Umwälzung herbeiführen will, ist dies an sich nicht verwunderlich. Bezeichnend ist der Augenblick, den sich die Deutschnationalen zu verschärftem Kampf wählen. Wieder einmal zeigt sich, daß die nationale Gesinnung dieser Erben der alten preußischen Konservativen sofort zerstiebt, wenn Opfer für die Nation gebracht werden sollen. Die

Furcht vor der antinationalen Steuerschen

in Stadt und Land hat den Umschwung der Deutschnationalen herbeigeführt. Die von deutschnationalen Zeitungen in einem Geiste mit den Deutschvölkischen eingeleitete Hetze beweist die völlige Gleichgültigkeit dieser Parteigebilde gegenüber dem Schicksal unserer besetzten und bedrängten deutschen Lande am Rhein. Verlangt doch die „Kreuzzeitung" am 31. August in den Stunden höchster Bedrängnis der deutschen Einheit und deutschen Grenzlandes den Klassenkampf in brutalster Form. Sie fordert wie der radikale Bolschewist, den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Folgen. Den Klassenkampf, den wir Sozialdemokraten für eine naturnotwendige Folge der Klassengegensätze halten, verleugne auch ich nicht. Die Formen, in denen er geführt wird, wechseln. Jeder deutsche Politiker, der auch noch einen Funken nationaler Verantwortung in sich trägt, wird jetzt die Frontstellung: hie bürgerliche Partei, hie Sozialdemokraten zu vermeiden suchen, solange es eben geht. Die Deutschnationalen wissen genau, daß ihre Losung im besetzten Gebiet den sofortigen Zusammenbruch der Abwehrfront bedeuten muß. Seit sieben Monaten sind die sozialistischen Massen neben den in bürgerlichen Mittelparteien organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten der Kern der Abwehrlinie. Die deutschnationalen Führer verlangen die sofortige Zertrümmerung dieser Front. Diesen Politikern, die zum Unglück Deutschlands immer viel preußischer als deutsch empfunden haben, scheint gleichgültig zu sein, was dann in den besetzten Gebieten vor sich geht. Diese antinationale Politik der Deutschnationalen muß von allen deutschen Volksgenossen, die den französischen Imperialisten wehren wollen, mit aller Kraft und Leidenschaft bekämpft werden. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird nicht zulassen, daß

die besetzten Gebiete von den deutschnationalen Deserteuren der deutschen Steuerfront an Frankreich verraten werden.

Notwendiger denn je ist, daß gerade im besetzten Gebiet alles zusammensteht, was dem französischen Vordringen wehren will. Ich bin überzeugt, daß die dortigen Deutschnationalen entsetzt sind über die Stöße, die ihre eigenen Parteigenossen aus dem Osten gegen sie führen. Während die Führer der Deutschnationalen im Reichstag die wilden Männer mit Dynamit und Handgranaten markierten als die Verfechter aktiver Sabotage, unterschrieben ihre Parteifreunde im Rheinland mit uns Erklärungen gegen die sinnlosen und verbrecherischen Sabotageakte, deren Folgen nicht Hergt und Helfferich, sondern die Bevölkerung tragen muß.

Es sind grobe Unwahrheiten, wenn die Deutschnationalen die Dinge so darstellen, als beginne die Reichsregierung, die „Etappe", gegen den Willen unserer Volksgenossen am Rhein und Ruhr den Abbau des passiven Widerstandes. Es sind mir bisher keine darauf hinzielende Maßnahmen der Reichsregierung bekannt. Die

Formen des passiven Widerstandes sind nicht fest, sondern beweglich.

Sie haben sich da und dort in langem Kampf gewandelt und werden sich weiter wandeln. Was aber geschehen ist und was weiter geschehen muß, darüber bestimmen nicht die deutschnationalen Führer fern von der Abwehrfront, sondern die Entscheidung liegt bei den Trägern des passiven Widerstandes allein, bei der rheinisch-westfälischen Bevölkerung. Dort bedankt man sich für die Ratschläge einer Partei, die eben erst wieder beweist, daß sie zwar gern andere zum höchsten Widerstande anreizen kann, sich aber seitwärts in die Büsche schlägt, wenn Munition für die Front geliefert werden soll. Wenn das Wort „deutschnational" für diese Partei mehr wäre als ein schönes lackiertes Firmenschild, müßte sie in flammenden Worten zur Durchführung der von ihr mitbeschlossenen Steuern und zu neuen großen Opfern auffordern. Sie müßte der gesamten Landwirtschaft darstellen, wie notwendig es ist, mit größter Beschleunigung die neue Ernte auf den Markt zu bringen, damit wir nicht Gold für Einfuhr der notwendigsten Lebensmittel ins Ausland zu werfen brauchen. Sie müßte gegen alle Steuerflüchtlinge und Devisenschieber uns unterstützen. Sie müßte mit uns durch gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß soziale und politische Unruhen vermieden werden. Sie tut aber auf allen Gebieten das genaue Gegenteil.

Das deutschnationale Aktionsprogramm ist wie ein Tank, der vom Osten her eine breite Lücke in die Abwehrlinien zu reißen droht.

Die Vorgänger der Deutschnationalen, die Konservativen, tragen die Hauptschuld daran, wenn es im Rheinland überhaupt so etwas wie Separatismus gibt. Die Unvernunft ihrer Politik, das Rheinland mit protestantischen altpreußischen Beamten zu überschwemmen, deren fachliche Tüchtigkeit niemand lieber anerkennt als ich, hat in Jahrzehnten im Rheinland das Gefühl hervorgerufen, daß man der dortigen Bevölkerung nicht traut und ihr eine bodenständige Verwaltung nicht geben wolle. Die armselige Werbearbeit der Separatisten wird wesentlich aus der Erinnerung an jenes zur Karikatur verzerrte konservative Preußentum gespeist, das mit dem wirklichen preußischen Volkstum nichts zu tun hat. Die rheinische Bevölkerung weiß auch, daß die französische Rheinpolitik mit ihren Bedrückungen für die rheinische Bevölkerung leider immer wieder gestützt wird durch die gedankenlose Außenpolitik der Deutschnationalen und -völkischen. Die Franzosenhetze deutschnationaler Zeitungen und Redner, ihr ewiger Ruf nach gewaltsamer Aenderung des Versailler Friedens, ihr unentwegtes Revanchegeschrei sind die wertvollste Begründung der Franzosenforderungen für weitergehende Sicherungen am Rhein gegen deutsche Angriffe. Die ganze deutschnationale Politik des Ostens ist in allen diesen Jahren von uns am Rhein mit Ingrimm als eine

ungeheure Erschwerung der wahrhaft deutschen Politik

empfunden worden, die wir als die schwarzrotgoldene Wacht am Rhein geführt haben und fortsetzen werden. Ein Gipfel der Dreistigkeit ist es, wenn diese Leute die nationale Zuverlässigkeit nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch anderer im jetzigen Kabinett vereinten Parteien anzweifeln. Wenn dieser Zweifel berechtigt wäre, so wären die rheinischen Gebiete für Deutschland verloren. Denn nicht die Deutschnationalen, deren Anhang im besetzten Gebiet gering ist, sondern die Sozialdemokraten und das Zentrum und neben ihnen der Liberalismus sind es, auf die die volle Wucht des Abwehrkampfes fällt. Wenn wir uns allein auf die wenigen Deutschnationalen im Westen verlassen müßten, hätte Frankreichs Imperialismus ein leichtes Spiel!

Minister Sollmann sagte zum Schluß: Es macht mir kein Vergnügen, das öffentlich auszusprechen, aber die Deutschnationalen sollen wissen, daß wir ihrer unsagbar kläglichen und elenden Demagogie nicht weichen. Sie wollen den Kampf, sie sollen ihn haben. Mich und andere Sozialisten glauben sie mit der Bezeichnung „international" beschimpfen und verdächtigen zu können. Gewiß, ich fühle mich nicht nur mit den sozialistischen Arbeitern des Auslandes, sondern auch mit allen anderen Menschen in der Welt verbunden, die aus christlicher Liebe oder aus politischer Vernunft oder aus beiden Erwägungen dem Hassen und Morden, der Bestialität und der Barbarei zwischen den Menschen ein Ende machen wollen. Dieser Internationalismus ist aber nicht antinational, sondern kann und muß nach meiner Meinung und meinen Erlebnissen die tiefste Liebe zu dem eigenen Lande und Volke in sich schließen; Millionen Sozialdemokraten beweisen sie, nicht durch hochtönende blecherne Worte, wie sie aus den deutschnationalen Aufsätzen und Reden klingen, sondern durch die schlichte Tat.

Beamtenfrage und Politik.

Von Albert Falkenberg.

Die allgemeine politische Lage drängt wie zur Aufrollung so mancher längst aktuell gewordener, bisher aber immer wieder vorsichtig umschiffter Probleme nun auch zur Lösung der Beamtenfrage. Niemand kann zur Stunde wissen, ob und in welchem Umfange es der neuen Regierung gelingen wird, die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Wenn die Schichten der schaffenden Arbeit sich nicht mitschuldig machen wollen an möglichen Fehlschlägen, dann müssen sie noch in dieser Stunde alle Energien aus ihren Kreisen zur Stützung der neuen Regierung mobilisieren. Das gilt nicht nur allgemein für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern im besonderen Maße auch für die Beamtenschaft.

Sie hat sich auf Grund einer jahrhundertelangen Erziehung in dem und durch den Obrigkeitsstaat gewiß nicht in jedem Falle fähig erwiesen, berufliche Forderungen im Lichte der Allgemeinpolitik zu sehen bezw. ihre Lösung im Sinne staatspolitischer Notwendigkeiten zu verfolgen. Im ganzen aber darf festgestellt werden, daß — namentlich unter der Einwirkung der politischen Vorgänge der Nachkriegszeit — die deutsche Beamtenschaft angefangen hat, ihre Berufspolitik in die Linie der Großpolitik einzuordnen und eine Praxis zu betreiben, die der Oeffentlichkeit den eminent politischen Charakter der Beamtenfrage vor Augen zu rücken geeignet ist. Die Möglichkeit solchen Erfolges der Berufspolitik der Beamten darf schon deswegen nicht gering eingeschätzt werden, weil, wenn sie Wirklichkeit wird, die Meinungsumstellung der nichtbeamteten Oeffentlichkeit in der Frage der politischen Bewertung des Beamtentums die Beamtenpolitik voraussichtlich erfolgreicher gestalten würde. Die sehr oft in Nichtbeamtenkreisen beliebte oberflächliche Beurteilung der Stellung des Beamten im und zum Staate ist wenig geeignet, eine innere Annäherung beider Lager vorzubereiten. Sie kann nur erreicht werden, wenn zunächst einmal auf beiden Seiten die politische Lage als realer Maßstab für die Beurteilung beamtenpolitischer Maßnahmen Geltung gewinnt. Auf der Grundlage einer derart der Wirklichkeit angepaßten Praxis wird sich nicht nur die grundlegende Verständigung über die Beamtenfrage im ganzen, sondern auch über Teilfragen erreichen lassen, wie sie u. a. bezüglich **der vierteljährlichen Gehaltszahlung** und des **Beamtenabbaus** zurzeit lebhaft diskutiert werden.

Ebensowenig wie geleugnet werden kann, daß, um nur diese Frage herauszugreifen, die Vierteljahrszahlung der Beamtengehälter in dieser Zeit finanzpolitischen Chaos nicht nur für die Geldwirtschaft des Staates eine schwere Belastung darstellt, ebensowenig darf verkannt werden, daß jeder — **unter Umgehung der den Beamten für eine gesicherte Daseinsführung verfassungsmäßig und gesetzlich zugestandenen Garantien** — von seiten des Parlamentarismus in dieser Frage errungene Sieg eine schwere Erschütterung des Vertrauens der Beamten in das berufsmäßig von ihnen zu vertretende Regierungssystem bedeuten würde, deren Auswirkungen sich unter Umständen in einer Steigerung negativer Gefühlsmomente gegenüber der republikanischen Staatsform bemerkbar machen könnten. Realpolitiker haben mit Tatsachen zu rechnen, d. h. sie dürfen an ihnen nicht mit einer Handbewegung vorübergehen. Kein ernsthafter Politiker aber wird behaupten wollen, daß ausgerechnet die Einstellung der Beamten zur Republik bedeutungslos sei. Die Spuren schrecken.

Diese Andeutung mag genügen, um die Verantwortlichkeit von Regierung und Parlament bei der Lösung der Frage der Aufhebung vierteljährlicher Gehaltszahlung zu beleuchten. Nicht weniger Verantwortung tragen die Vertreter der Beamtenschaft, die mit den amtlichen Instanzen die Diskussion über diese Frage zu führen haben. Sie können nicht nur verlangen, daß ihnen die Gegenseite mit überzeugenden Gründen die unbedingte Notwendigkeit der Erfüllung ihrer Forderung nachweist, sondern auch, daß ihre eigenen Gründe in Rechnung gestellt und sie selber als die Anwälte der Beamtenschaft zur Verteidigung eines jener wohlerworbenen Rechte gewertet werden, die im Artikel 129 der Reichsverfassung ihre Sicherung gefunden haben. Nur Objektivität kann hier die Entscheidung herbeiführen. Sie zu gewinnen, ist nicht leicht. Der Weg zu ihr führt über die Erkenntnis, daß mehr denn je in Zeiten der Not des Vaterlandes der einzelne Berufsstand der Gesamtheit zu opfern hat, vorausgesetzt, daß ihr mit diesem Opfer auch wirklich gedient wird. Das zu untersuchen, ist Sache der zuständigen Stellen — Regierung, Parlament und Gewerkschaften. Geschähe es nicht, dann möchte vielleicht zuerst auf seiten der „Sieger" der Erfolg in dem ernst zu nehmenden Kampfe mit dem Ausruf: Tant de bruit pour un omelette! quittiert werden.

Wenn schon der Kampf um die Vierteljahrszahlung der Beamtengehälter zur Herbeiführung der Gesundung der deutschen Wirtschaft geführt werden muß, dann sollte von den Männern der neuen Regierung aber auch erkannt werden, daß zur Lösung der ihnen vom deutschen Volke gestellten Hauptaufgabe die **Gesundung des Beamtenkörpers** im Sinne der demokratisch-republikanischen Staatsauffassung gehört, und daß mit dieser „Gesundung" nur durch beschleunigte **Verabschiedung des Entwurfs eines Beamtenrätegesetzes** begonnen werden kann. Wer Menschen für die Republik gewinnen will, kann dies nur von innen her erreichen. Durch Zusicherung wertbeständiger Gehälter allein, läßt sich kein Beamter republikfreundiger stimmen. Er fordert der Zeitentwicklung angepaßte Garantien für die Möglichkeit der Mitbestimmung über sein Dienstverhältnis durch ein Beamtenrätegesetz mit Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüssen.

Was aber ist bisher geschehen, um die eigentlich selbstverständliche Erfüllung dieser Staatsnotwendigkeit im Volksstaat zu erreichen? Alle, die darum wissen, was nicht geschehen ist, werden auf diese Frage mit einem tiefen verständnisvollen Schweigen antworten. Die Hoffenden aber stellen an die neue Regierung die dringliche Frage: was nun? Die Beratungen des Rätegesetzentwurfs können mit Schluß der zweiten Lesung im 23. Ausschuß des Reichstages als „totgelaufen" abgetan werden. Die Zusammenfassung des Reichstages hat sich auch mit der Neubildung der Regierung nicht geändert. Es stände also zu erwarten, daß nach Wiederaufnahme der Beratungen an irgend einer Wendung des Beratungsweges ein abermaliger Leerlauf festgestellt werden müßte, der leicht zu einer Zurückziehung des Entwurfs seitens der Reichsregierung führen könnte. Dahin darf es nicht kommen. Es muß ein Ausweg von innen her, vom Dreiundzwanziger-Ausschuß selber gefunden werden. Er sollte antragsgemäß die nochmalige Ueberprüfung des Inhalts des vorliegenden Gesetzentwurfes durch vielleicht je einen Vertreter der sieben Reichstagsfraktionen fordern. Wenn auch einige unvoreingenommen an die Materie herantretende Mitglieder des Reichsrats in eine Nachprüfung seiner in bezug auf das Beamtenrätegesetz gefaßten Beschlüsse eintreten und beide Gremien die Angleichung der ihrerseits erzielten Ergebnisse erreichen würden, dann ließe sich aufs neue die Herstellung einer Grundlage erhoffen, auf der sich die Verabschiedung des Entwurfes im Plenum des Reichstages voraussichtlich ohne besondere Schwierigkeiten bewerkstelligen ließe.

Die Beamten erwarten sehnlichst die Einlösung der ihnen in der Verfassung bezüglich Schaffung einer gesetzlichen Beamtenvertretung gegebenen Zusage, die Reichsregierung aber würde durch die Förderung positiven Handelns in der Frage des Beamtenvertretungsgesetzes nicht nur einer berufspolitischen Forderung der Beamten zur Erfüllung verhelfen, sondern mit ihrer Verwirklichung endlich die Möglichkeit des Beginns einer großzügigen und systematisch durchzuführenden **Demokratisierung der Verwaltung** schaffen. In einer vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 22. August 1923 unter einmütiger Zustimmung der Vertreter aller angeschlossenen Verbände angenommenen Entschließung wird „ein wesentliches Hindernis für die Durchführung" der vom ADB. geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen „auch in dem bisherigen Verhalten der Verwaltungsbureaukratie" erblickt und deshalb „die endliche Verwirklichung der Demokratisierung der Verwaltung im Sinne der Verfassung" gefordert, „damit die Kräfte der auf dem Boden der Republik stehenden Beamten zu verantwortlicher Mitarbeit frei werden". In dem Augenblick, in dem diese Forderung verwirklicht wird, ist zwar noch nicht die Republik gerettet, wohl aber eine Garantie mehr dafür gegeben, daß mit der geistigen Umstellung weiter Teile der Verwaltungsbureaukratie die republikanische Praxis an Boden gewinnt.

Schon diese kurzen Ausführungen zeigen, in welch starkem Maße die Lösung der Beamtenfrage von der augenblicklichen politischen Lage beeinflußt wird, und daß letztere mit der ersteren durch innere Zusammenhänge verbunden ist. Darum ist zweierlei nötig. Einmal müssen die maßgeblichen Stellen in der Regierung und in den Parlamenten erkennen, daß die bisherigen beamtenpolitischen Methoden der Vergangenheit angehören sollten, und daß die grundlegende Lösung der Beamtenfrage nicht durch gelegentliche Konzessionen an die Beamten erreicht werden kann, sondern allein durch Verwirklichung der aus der Neubewertung der Stellung des Beamtentums im Volksstaat zu ziehenden Konsequenzen. Zum anderen — und diese Seite des Problems ist vielleicht die bedeutungsvollere — muß von den Beamten als Grundlage ihrer beamtenpolitischen Praxis die Erkenntnis gefordert werden, daß es zur Erreichung ihrer berufspolitischen Ziele viel weniger auf die beamtenpolitische als auf die beamtenpolitische Vertretung ihrer Forderungen ankommt.

Allerdings noch mehr als auf Programme kommt es auf zielklares politisches Handeln an. Man kann nicht, wie es am 26. Mai 1923 in einer Beratung der Frage des Dienstverhältnisses der Angestellten bei den Versicherungsträgern im Reichsarbeitsministerium von dem Vertreter einer Beamtenspitzenorganisation geschehen ist, einmal seine Bereitwilligkeit zur Mithilfe „an dem erforderlichen Abbau des Beamtenkörpers" erklären und hinterher in einem Aufruf zur Existenzerhaltung der eigenen Organisation den Mitgliedern graulich zu machen mit dem „Plane der Regierung", nach dem „nicht weniger als 400 000 Beamte abgebaut werden sollen". Wer mit solchen Methoden arbeitet, kann nicht erwarten, politisch ernst genommen zu werden. Der Beamtenabbau kommt, darüber ist allmählich auch der Beamte in der fernsten Provinzstadt unterrichtet worden. Wer in der Beamtenschaft den Glauben weckt, der Abbau sei grundsätzlich zu hindern, bewegt sich entweder selbst in falschen Vorstellungen oder predigt diesen Glauben wider besseres Wissen, um agitatorisch damit zu wirken. Wer die politische Lage sieht, wie sie ist, muß den Mut aufbringen, sich auch in der Oeffentlichkeit zu seiner Meinung zu bekennen. Was die Beamten in dieser Frage verlangen müssen, ist die **Mitbestimmung der Art des Abbaues** und nicht zuletzt überhaupt erst einmal die **Zuziehung zu den Verhandlungen.** Wir haben den dringenden Wunsch, die neue Regierung davon zu überzeugen, daß nur durch **rechtzeitige Beteiligung** der Beamtenvertretung es gelingen kann, die Frage des Beamtenabbaues in einer alle Seiten befriedigenden Weise zu lösen. Würde das nicht geschehen, dann dürfte eine besonders günstige Gelegenheit zur Weiterführung der grundsätzlichen Lösung der Beamtenfrage verpaßt werden.

Vermischte Nachrichten.

Ein deutscher Dampfer gesunken. Der 6000 Tonnen große deutsche Dampfer „Kluepfel" von der Reederei Krupp in Rotterdam, mit einer Ladung Steinkohlen von Hull nach Bremerhaven unterwegs, ist während des heftigen Sturmes untergegangen. Nach schwerer Havarie ließ der Kapitän Gardin zwei Boote aussetzen und blieb allein an Bord seines Schiffes zurück. Beide Boote schlugen um, und vor seinen Augen ertrank die gesamte Besatzung von 41 Mann. Als der Dampfer zu sinken begann, band sich der Kapitän an einen Holzblock. Er wurde nach sechs Stunden als einziger Ueberlebender von dem Dampfer „Java" unter großen Mühen und Lebensgefahr gerettet. Er wurde in der Nacht in schwerverletztem Zustande in den Hafen von Ymuiden gebracht.

Erdbeben in Japan. Yokohama zerstört. In London sind aus Tokio Nachrichten eingelaufen, wonach die Stadt Yokohama durch ein furchtbares Erdbeben fast völlig zerstört worden ist und furchtbare Brände wüten.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

9. Fortsetzung.

Sie war nie unter die Leute gegangen, hatte keinerlei Freundschaft geschlossen. Nun aber zog sie sich vollends in sich selbst zurück. Alle die gewaltige und schlackenlose Liebe, die sie Heinrich Hirzel gegeben hatte, warf sich dabei auf etwas, was noch nicht da war, was sie nur geheimnisvoll in sich leben und wachsen fühlte.

So war Salome in diesen Tagen ein gegen Fremde herbes, verschlossenes und darum mit mehr Groll als Gefallen betrachtetes Menschenkind, dessen fast eigensinniger Fleiß allein jedermann Bewunderung abzwang.

Ganz selten quälte sie eine leise, stille Furcht. Frau Kellermann, ihre Hausfrau, war freundlich und gut zu ihr wie immer. Vielleicht hatte sie mehr als früher einen mütterlich überlegenen Ton, der zuweilen fast etwas Gönnerhaftes bekam. Vielleicht war auch manchmal, wenn es eben die Laune wollte, eine kleine Ungeduld, eine leise Empfindlichkeit Salome gegenüber in ihrem Wesen, die sie früher der Mieterin nicht gezeigt haben würde. Aber es war etwas so Verborgenes, daß nur ein scharfes, mißtrauisches Ohr aus dem Gewöhnlichen und Friedlichen diesen ungewöhnlichen Beiklang heraushören konnte. Und doch hörte ihn Salome. Sie schalt sich selbst mißtrauisch, aber indem sie merkte, daß sie es war, bangte ihr zuweilen, sie möchte es auch gegen andere Menschen werden, und sah sie ahnend aus nichts, aus ihrem eigenen Innern einen Schatten wachsen.

V.

Es war ein Tag in einem frühen Frühjahr und eine Landschaft der Nordostschweiz. Gefrorene und von Reif bedeckt gewesene Ackerfurchen bräunten sich und wurden weich unter einer heißen, dem Mittag nahen Sonne. Dunkle, lehmige Wege lagen, von Räderspuren und Fußabdrücken aufgerissen, zwischen grünenden Wiesen. Nah und ferner und ferner noch standen Tannenwälder in der Landschaft, schwarz, aber schon wie von einem geheimnisvollen Wachsen und Treiben durchsaftet. Hinter diesen Wäldern herauf wölbte sich der von Sonne heiße, blaue Himmel. Wärme und Kühle zugleich lagen über der Landschaft, denn in die Glut des vom Himmel brennenden Lichtes strich manchmal ein frostiger Luftzug, der noch an Firnen und unweit an späten Schneeresten sich gekühlt haben mochte. Vor allem aber war eine köstliche Reinheit in der Luft und eine Weithörigkeit, so daß oft aus Fernen und Unsichtbarkeiten ein Hundegebell oder ein wanderndes Läuten, einmal selbst der singende, sehnende Klang einer Trompete hörbar wurden.

Auf einem der braunen Feldpfade stand Salome Zeller mit ihrem Knaben auf dem Arme; stand eben still, nachdem sie bisher von dem kleinen Bahnhof Feldstetten aus tapfer landein geschritten war. Drüben hinter der nächsten Waldecke sah sie zwei weiße, rotbeinige Häuser des Dorfes hervorschauen, das sie aufsuchen wollte. Nun, da sie ihr Ziel so nahe vor sich sah, hatte sie auf einmal keine Eile mehr. Auch wurde ihr das Kind schwer, das sie in einem Kissen trug. Es rührte sich, seit sie den Bahnhof verlassen, und wollte sich nicht beruhigen lassen. Salome blickte weghin und wegher. Niemand war zu sehen. Es war Sonntag. Da saßen die Bauern in ihren Häusern.

Salome setzte sich auf einen Straßenrandstein und reichte dem Kinde die Brust. Die Sonne schien auf sie nieder, als ob sie einen warmen, schützenden Mantel um sie würfe. Salome empfand eine ähnliche Wärme, wie sie ihr über Schultern und Rücken strömte, in ihrem Innern. Sie wallte dem kleinen Körper entgegen, der an ihrer Brust lag. Salome war so glücklich. Das kam ihr von ihm, das alles, ihm, mit dem sie jene Tage gelebt hatte! Sie wußte noch jede Einzelheit von damals, hatte sich jede schon hundertmal wieder vor Augen gerufen, während sie im Spital gelegen hatte, und in der letzten Zeit bei Frau Kellermann und auf der Reise.

Das Kind schlief ihr ein. Sie knöpfte ihr Kleid zu. Aber sie blieb sitzen. Wirklichkeiten unterbrachen die traumhaften Erinnerungen. Ja, auf der Reise! Und in der letzten Zeit drüben! Es hatte niemand ihr Geheimnis erfahren. Niemand. Sie hatte bis zuletzt gearbeitet. Dann war sie ins Spital gegangen. Und gleich nachher hatte der Prinzipal sie wieder genommen. Nicht gefragt hatte er. Da drüben fragten sie nicht nach dem, was man nicht sagen wollte. Und jetzt — jetzt brachte sie das Kind zu den Leuten, mit denen sie von England aus alles abgemacht hatte.

Es war nicht leicht! Die fremden Menschen, zu denen sie auf dem Wege war — wer wußte, was ihrer bei ihnen wartete? und dann — manchmal meinte sie — sie könnte den Kleinen nicht weggeben. Aber — aber sie verlor ihn ja nicht, wollte schon Wege finden, ihn manchmal zu sehen. Dann würde in nächster Zeit auch so viel Neues auf sie eindringen. Sie würde die Eltern wiedersehen und — und die Hirzels, und die Stelle antreten, für die der Vater ihr gesorgt hatte, so ein rechtes Lebensbrot, um das manches Mädchen ihres Standes sie beneiden würde. Die Wirklichkeiten verdrängten die Erinnerungen. Der Verstand bekam mehr Arbeit als das Herz. Salome saß aufrecht und mit klaren, mutigen Augen auf ihrem Stein. Die Sonne streichelte noch immer ihr junges Gesicht und die runden Arme, um welche sich knapp der Aermel des dunkeln Kleides spannte.

Nach einer Weile wurde das langsame Rollen eines nahenden Wagens hörbar. Da erhob sich Salome, damit sie nicht nach ihrem Weg gefragt werde. Sorgfältig schreitend, um das Kind nicht zu wecken, setzte sie ihren Weg fort. Ein Stück hinter dem Walde erreichte sie das Dorf Feldstetten. Es bestand aus weißen, unregelmäßig durcheinander gebauten, freundlichen Häusern, die große, tief herabreichende Dächer und ein paar Blumen auf den Fensterbrettern hatten. Gehegte Gärtchen lagen vor jedem Haus, daneben ein stattlicher Düngerhaufen. Sie fragte einen Knaben, der ihr begegnete, nach dem Hause des Jakob Pfister, und er wies sie auf ein kleines Gebäude in einer Seitengasse. Es hatte eine grüne Tür mit einem Messingknopf und grüne Läden, war nur eingeschossig, aber die braue Holzscheune war daran angebaut. Vor der Scheune lag der Dünger; vor dem Hause und neben der Haustür beginnend, war der kleine viereckige Garten angelegt, in welchem einige frühe Blumen standen und der von einem Zaun von gleichem Grün wie die Läden und Haustür geschützt war. Das Haus machte einen schlichten, sauberen Eindruck, die Fenster glänzten und die Pflastersteine vor den zwei Haustürstufen waren frisch gekehrt.

Salome hatte das erwartet. Jakob Pfister, der Mann, war auch in seinen Briefen schon ihr als ein ordentlicher, verständiger Hausvater erschienen. Sie öffnete die Tür und sah im Eintreten, daß man aus ein paar Nachbarhäusern nach ihr Ausschau hielt.

Der weißgetünchte Flur, in den sie kam, führte an eine halboffene Tür, hinter welcher das Klappern von Geschirr hörbar war. Auf ihr zweimaliges Klopfen trat Frau Seline Pfister, die Bäuerin, heraus und auf sie zu. Sie war eine schmächtige Frau mit großen, etwas bekümmerten Augen. Da sie im braunen Sonntagsstaat war, hatte sie die große Schürze noch mit einem Tuche schutzbarer gemacht und das Kleid hochgesteckt und hielt den Teller, den sie eben trocknete, mit sorglichen Händen, damit die nur wenig zurückgestreiften Aermel ihres Kleides nicht naß würden.

„Ah herrje," sagte sie. „Sie sind es, Jungfer Zeller? Wir haben immer gewartet, daß Sie uns den Zug melden würden, mit dem sie kämen."

Es lag Freundlichkeit, aber auch eine zögernde und prüfende Zurückhaltung im Wesen der Frau. Dann zwang sie die Neugier, das zuerst zu sehen, was ihr am meisten am Herzen war. Sie hob den Schleier vom Kissen des Kindes und sah ihm ins kleine Gesicht.

„Es hat eine weite Reise gehabt, das arme, kleine Ding," sagte sie mit einer Zärtlichkeit, in der sich ihr Gefallen und die Freude über die Erfüllung eines Wunsches verrieten. Dann stellte sie hastig den Teller beiseite, ordnete ihr Kleid und nahm die Schürze ab.

„Kommen Sie nur," lud sie Salome ein. „Der Vater ist in der Stube."

Sie führte den Besuch in einen niedrigen, freundlichen und von Sonne warmen Raum, durch dessen viele Fenster Salome das Gärtchen sah. Auf einer der Wand entlang laufenden Bank saß ein dicker, bartloser Mann in weißen, blanken Hemdärmeln und schlief. Er hielt die Hände über den Magen verschränkt, und der kahle Kopf war ihm auf die Brust gesunken.

„Wach auf, Vater," sagte die Frau und entschuldigte den Mann bei Salome, da er gewohnt sei, Sonntags nach Tisch ein Schläfchen zu machen.

Jakob Pfister ermunterte sich indessen und erkannte, was vorging.

Salome sah, daß er freundliche Augen hatte.

„So sind Sie gekommen?" sagte er und lud sie ein, Platz zu nehmen.

In Hut und Jacke, wie sie war, setzte sie sich.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Der Senat hat dem Malergehilfen Ignatz Ottolski und dessen Ehefrau Maria, geborene Kosecka, den Familiennamen Ottings und ersterem außerdem an Stelle des Vornamens Ignatz den Vornamen Hans verliehen. (6054

Dem zum Kaiserlich Japanischen Generalkonsul in Hamburg ernannten **Shiro Hanaoka** ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. (6053

Bekanntmachung.

Betrifft: Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe (Arbeitgeberabgabe).

Nach Erlaß der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz vom 11. August 1923 über die Besteuerung der Betriebe wird auf folgendes hingewiesen:

Zur Entrichtung der Arbeitgeberabgabe sind bis 29. Februar 1924 verpflichtet alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, sofern sie als Inhaber von industriellen, gewerblichen oder Handelsbetrieben Arbeitnehmer beschäftigen.

Der Abgabe unterliegen nicht

1. land-, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe, soweit sie die Landabgabe zu entrichten haben,
2. Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und andere freie Berufe, es sei denn, daß mit der freien Berufstätigkeit die Ausübung eines Gewerbebetriebes (z. B. Unterhaltung eines Sanatoriums und dergl.) verbunden ist, sowie ferner Apotheker,
3. wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.

Von der Abgabe sind befreit:

1. öffentliche Körperschaften, auch soweit sie Inhaber werbender Betriebe sind, ferner Religionsgesellschaften, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern,
2. inländische Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ausschließlich gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen,
3. rechtsfähige Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Unterstützungs- und sonstige Hilfskassen für Fälle der Not oder der Arbeitslosigkeit.

Gemischt wirtschaftliche Betriebe unterliegen der Abgabe, auch wenn öffentliche Körperschaften überwiegend an dem Unternehmen beteiligt sind.

Die jeweils fällige Abgabe wird nicht erhoben, wenn sie das Zweihundertfache des Betrages nicht übersteigt, der für die Beförderung eines Briefes bis zu 20 Gramm im Inlandsfernverkehr am Fälligkeitstag jeweils zu entrichten ist.

Die Freigrenze beträgt also vom 1. September ab bis auf weiteres 15 000 000 Mk.

Wegen Fälligkeit und Entrichtung der Abgabe wird auf die bereits erlassenen Bekanntmachungen vom 18., 28. und 29. August ds. Js. hingewiesen.

Diejenigen Abgabepflichtigen, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer durch Verwendung von Steuermarken bewirken, haben bei der Abführung der Abgabe an die für ihre Betriebsstätte zuständige Finanzkasse dieser Kasse einen von ihnen oder einer zur Vertretung der Firma rechtlich befugten Person unterschriebene Bescheinigung zu übersenden, in der sie versichern, daß der abgeführte Betrag der Abgabe das Doppelte der Beträge ausmacht, die in der Zeit, für die die Zahlung erfolgt, vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer einbehalten worden sind. Für die zum Ueberweisungsverfahren zugelassenen Arbeitgeber bewendet es bei der bisher vorgesehenen Bescheinigung.

Arbeitgeber, die zum Ueberweisungsverfahren zugelassen sind, oder noch zugelassen werden dürfen bis auf weiteres nicht zum Markenverfahren übergehen.

Die ordnungsmäßige Berechnung und Abgabe wird durch Außenkontrollbeamte überwacht werden.

Lübeck, den 31. August 1923. (6063

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck.
Abt. Ia für Besitz- u. Verkehrssteuern

Bekanntmachung.

Auf Grund von § 2 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn wird der Wert der Natural- und Sachbezüge mit Wirkung vom 1. September ds. Js. ab für die Bezirke der Finanzämter Lübeck und Eutin auf das Fünfzehnfache der bisherigen Sätze dergestalt festgesetzt, daß zu bemerken ist:

Volle freie Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)

a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige gering bezahlte Arbeitskräfte (z. B. Mägde)
täglich: 480 000 Mk.; wöchentlich 3 360 000 Mk.; monatlich 14 400 000 Mk.

b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen
täglich: 640 000 Mk.; wöchentlich 4 480 000 Mk.; monatlich 19 200 000 Mk.

c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren):
täglich 800 000 Mk.; wöchentlich 5 600 000 Mk.; monatlich 24 000 000 Mk.

d) für die in der Großschiffahrt beschäftigten Kapitäne und im Offizierrang stehenden Angestellten
täglich: 960 000 Mk.; wöchentlich 6 720 000 Mk.; monatlich 28 800 000 Mk.

e) für alle übrigen in der Großschiffahrt beschäftigten Angestellten und Mannschaften
täglich 666 000 Mk.; wöchentlich 4 992 000 Mk.; monatlich 19 980 000 Mk.

Für freie Station ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung kommen nur ⅔ der vorstehenden Sätze in Ansatz.

Ueber die Verteilung der Tagessätze auf einzelne Mahlzeiten sowie über die Sätze für freie Familienwohnung nebst Heizung und Beleuchtung, über Dienstkleidung und über die Bewertung der tarifmäßigen Gutscheinempfänge der Deputatarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft geben die Finanzämter Auskunft.

Soweit tariflich höhere Sätze als vorstehende festgesetzt sind, gelten die Tarifsätze auch bei Berechnung des steuerbaren Einkommens für den Lohnabzug.

Vorstehende Sätze gelten nur für den Lohnabzug. Erfolgt eine Veranlagung des steuerbaren Einkommens, so bleibt eine Nachprüfung der Bewertung der tatsächlichen Sachbezüge im Einzelfalle vorbehalten.

Lübeck, den 31. August 1923.

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abteilung Ia
6062) für Besitz- und Verkehrssteuern.

Schulgeldzahlung.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 21. v. M. wird das Schulgeld für das 2. Vierteljahr des laufenden Schuljahres (1. 7. bis 30. 9. 1923) infolge der steigenden Geldentwertung wie folgt erhöht:

Höhere Schulen: 1. Kind Mk. 500 000,—, 2. Kind Mk. 400 000,—, 3. Kind Mk. 200 000,—.
Mittelschulen: 1. Kind Mk. 250 000,—, 2. Kind Mk. 200 000,—, 3. Kind 100 000.—.

Lübeck, den 3. September 1923.

6079 **Die Oberschulbehörde.**

Nichtamtlicher Teil

Zu verkaufen gut. erhl. Sofa. (6064 Gr. Vogelsang 15 a, I.

Sofa-Tisch, 3 Stühle u. Bettstelle z. verk. (6075 Steinrader Weg 82, III.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserem Jubiläum danken herzlichst (6069
Adolf Hinzelmann und Frau.
Schlutup.

Bestickt. Seidenumhang z. vkf. Besicht. nach 6 Uhr. Schwönekenquerstr. 10, I. (6066

Drei kleine Hunde zu verschenken. (6052
Otto Köhn, Groß-Grönau.

Junge Ziege und Heu zu verkaufen. (6060 Petersstraße 3 b.

Jung. Schäferhund billig zu verkaufen. (6058 Kastorpstraße 2.

10 Wollbecken zu kaufen eventl. gegen Korn oder Mehl zu tauschen gesucht. (6061
W. Beckmann, Beckergrube 33.

Einfamilienhaus zu kaufen gesucht bei gut. Anzahlung. Ang. mit Preis unt. G 233 an die Exp. d. Bl. (6059

1 Sichel zu kauf. ges. Ang. m. Pr. u. G 234 a. d. Exp. d. Bl. (6074

Umständehalber Rote-Kreuz-Garten Mühlentor geg. ein and. Stück Land Holstentor-Nord zu tauschen gesucht. (6077 Kerkringstr. 39.

Damen- und Kindergarderobe fertigt an Frau **E. Höppner,** 6056) Untertrave 26/4.

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
6070) **H. Bade.**

Kornschroten
ohne Mahlverlust
Julius Böttcher,
Katharinenstr. 23/25
(6068

Eimerbier.
Dienstag 4—6 Uhr nachm.
6076) **Brauerei Wilcken**
Engelswisch und Arnimstr. 21 a.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Gutscheine!

Zahlungsmittel sollen wieder in genügendem Umfange vorhanden sein. Wir haben unsere Abgabestellen daher angewiesen, keine Gutscheine mehr in Zahlung zu nehmen. Unsere eigenen Gutscheine über 1 Million Mark sollen nur im **inneren** Verkehr Verwendung finden. Wir ersuchen daher Geschäftsleute und Banken, die Annahme zu verweigern. Die Rückgabe unserer Gutscheine muß bis 15. September erfolgt sein, spätere Einlösung erfolgt nicht. 6057

Der Vorstand.

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt b
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Stoffe für Anzüge,
Stoffe für Kostüme,
Stoffe für Mäntel,
erhalten Sie **reell und billig** nur in dem altbekannten Kaufhaus **Holstenstraße 17, I.** 6067

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Juwelenbesitzer!
Wir kaufen auch von Privaten 6080
Gold- E.S.M.Z. **Silber-**
Platin-, Brillanten, Perlen
Bruch u. Sachen.
Spez. Große Objekte :: Ganze Nachlässe.
Wir suchen dringend 6080
Gebisse, Münzen, Doublé, Edelsteine.
A. Frick, Juwelier, **Hüxstr. 63.**
Legitimation erforderlich. Tel. 2447.

Die neuen **Stoffe** für den Herbst
in Wolle und Seide
zeigen wir in prachtvollen Zusammenstellungen in unseren Schaufenstern.
Karstadt
Akt.-Ges.

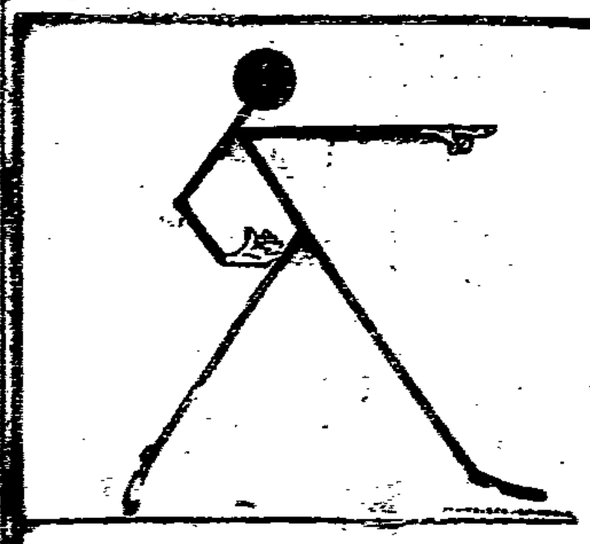
Neu eingetroffen: Kern-Abfall-Leder, halb-handgroß und größer bei (6078
Wilhelm Blanck, Hartengrube 19.

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch, Platin. (6060
Uhrmacher **Hübner,** Fünfhausen 13.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 8829
(6051)

Der Wolfen Jakob
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett, dir. a. Priv. Kat. 431 frei. 5090) Emaillierwerk Selb (Bay.)



Sie sollen mich kennen lernen
und weiter von mir hören. Ich wohne
50 Hüxstr. 50
Meine Telefon-Nr. ist
2813.
12093 a)

Arbeiter-Liederbuch
für Massengesang.
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.,

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(6072

Versammlung
der
Lastadiearbeiter
heute
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Unsere Lohnbewegung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(6071

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 4. Septbr. abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: **Wertbeständige Löhne.** Referent: Genosse **Dr. Leber.**
2. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 6049

Hansa-Theater
Täglich 8 Uhr abends
Der Raub der Sabinerinnen
Striese Dir. **Ernst Albe**
Gollwitz **Henry Vab**

Stadttheater Lübe
Dienstag, 7 Uhr: Rosenkavalier. (60
Mittwoch, 7,30 Uhr: Die Jüdin v. Tole

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 3. September 1923. Nummer 205.

Freistaat Lübeck.

Montag, 3. September.

Ein tapferer Künstler.

— — las schreibt in der „Vossischen Zeitung“ in seinem „Zwischenrufe“ betitelten, sehr ernsthaftem Glossarium:

Sir William Orpen ist ein großer Maler. Er scheint auch ein großer Mensch zu sein.

Vor einiger Zeit erhielt er von der Leitung des britischen Kriegsmuseums den Auftrag, für einen der großen Säle mit Erinnerungen aus dem letzten Krieg ein Monumetalgemälde zu malen. Er sollte in der Manier Anton v. Werners alle Diplomaten, Staatsmänner und Feldmarschälle auf der Leinwand zusammenbringen, wie sie der Friedensschluß in Versailles zusammengebracht hatte.

Zum ewigen Andenken an die gutgenährten, reichlich dekorierten, mit sich selbst ungeheuer zufriedenen Herren, die es verstanden hatten, Millionen von Menschen in den Krieg taumeln zu lassen, sie vier Jahre lang den Jammer, das Elend, die körperlichen und seelischen Qualen des Krieges durchmachen zu lassen und ihnen dann in Versailles einen Scheinfrieden zu schenken, der all dem hohnsprach, für das sie, diese Völker, jahrelang gelitten und geblutet hatten.

Orpen setzte sich an seine Staffelei und begann.

Nachdem er die ersten alten Herren in Uniform und Ordensbändern skizziert hatte, überkam ihn, wie er selbst erklärte, ein Gefühl des Ekels.

Sir William war im Krieg Unteroffizier gewesen. Er dachte an seine toten Kameraden und auch an die toten Soldaten auf der anderen Seite . . . und er löschte seine Skizze wieder aus und begann von neuem.

Diesmal zeichnete er einen einfachen Holzsarg, der den Leichnam eines unbekannten toten Soldaten birgt. Und zu beiden Seiten des Sarges malte er noch zwei tote Soldaten, die über dem Sarg Wache halten. Keine Skelette, sondern Tote mit jener grauenvollen grünlichen Färbung des schon in Verwesung übergegangenen Leichnams, der unbegraben auf dem Schlachtfeld liegen bleibt.

Die drei Gestalten, die in Versailles nicht vertreten waren, sollten nach Orpens Meinung das Andenken an die Versailler Konferenz im britischen Kriegsmuseum verewigen.

Man kann sich das Entsetzen des offiziellen Londons denken, als dies bekannt wurde.

Aber alle Menschen in England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Amerika, die mit Trauer und Wut jene befrackte und uniformierte Versammlung in Versaiges sich an den Tisch setzen sahen und wußten, daß es wieder das alte Spiel sein werde, dessen Einsatz die Völker, die unbekannten Soldaten, zahlen müssen, werden den tapferen Maler verstehen und ihn um seiner Tat willen lieben.

Den Auftrag für das Kriegsmuseum wird ein anderer bekommen.

Es scheint, daß noch viel größeres Elend über die Welt kommen muß, bevor sie für die Orpens reif ist.

Achtung, Parteigenossen! Zurzeit fordert die kommunistische Partei zur Bildung von proletarischen Hundertschaften auf. Wir warnen unsere Genossen, diesem Lockruf zu folgen und ersuchen alle, die in dieser Frage Auskunft wünschen, sich in unserm Sekretariat, Johannisstraße 48 I, zu melden.

Das Parteisekretariat.

Achtung, Bürgerausschußfraktion. Heute abend 5¾ Uhr Sitzung im Roten Saal. Vollzähliges Erscheinen.

Eine Fortbildungs- und Fachschulausstellung für Mädchen wurde im St.-Annen-Museum am Sonnabend eröffnet. Herr Museumsdirektor Dr. Heise hielt dabei eine Ansprache, in der er die Entwicklung und die Fortschritte des Handfertigkeitsunterrichts streifte, bei dem Hand und Kopf gleichermaßen zusammenwirken, um künstlerisches Gestalten auch in nützlichen Dingen hervorzuzaubern. An der Ausstellung beteiligt sind neben Lübeck auch verschiedene auswärtige Fachschullehranstalten, Kiel, Altona, Flensburg, Bremen und Magdeburg. Stick-, Strick-, Häkel- und Näharbeiten sind in großer Zahl und in mannigfacher Art ausgestellt. Vor allen Dingen ist viel Wert auf die Gediegenheit des Materials gelegt worden. Recht liebliche Muster und prächtige Farbwirkungen der Arbeiten zeugen davon, daß auf dem Gebiete des Handarbeitsunterrichts gewerbliches Können und künstlerisches Bestreben vorteilhaft miteinander wetteifern. Die Ausstellung bietet den Hausfrauen viel Interessantes. Sie ist bis zum Sonntag täglich geöffnet.

Steuerwesen. Das Finanzamt veröffentlicht im Inseratenteil eine Bekanntmachung über die Neufestsetzung der Natural- und Sachbezüge sowie über die Besteuerung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe (Arbeitgeberabgabe).

Der Schiedsspruch im Großhandelsgewerbe lautet dahin, daß für den Monat August das 20fache Juligehalt bezahlt werden muß. Den Angestellten sind in Zukunft wöchentliche Abschlagszahlungen zu leisten. Die Versammlung in der Flora stimmte dem Schiedsspruch zu.

An die werktätige Bevölkerung Lübecks!

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobmänner, Baudelegierte, gewerkschaftliche Vertrauensmänner der Zwergbetriebe!

Um die Versorgung der werktätigen Bevölkerung Lübecks mit Kartoffeln bestmöglichst vorzubereiten und zu sichern, ist es notwendig, einen Ueberblick über den ungefähren Bedarf zu bekommen. Wir bitten deshalb, wie im Vorjahre, die obengenannten Funktionäre der freien Gewerkschaften, Umfrage bei ihren Kollegen und Kolleginnen zu halten und listenmäßig diesen Bedarf an Kartoffeln der Betriebszentrale des ADGB. zu melden. **Diese Meldungen müssen bis längstens den 10. September erfolgt sein. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden.**

Die Betriebsrätezentrale.
J. A.: Dreger.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 29. August an für Ortsklasse A wie folgt erhöht: 1. für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 1 570 000 Mk., b) sofern sie im Haushalt eines andern leben, 1 300 000 Mk., c) unter 21 Jahren 940 000 Mk.; 2. für weibliche Personen, entsprechend den obigen Gruppen 1 300 000 Mk., 1 070 000 Mk., 720 000 Mk., 3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 550 000 Mk., b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 455 000 Mk.

Das Erbe der „großen Zeit“.

Fast zehn Jahre sind seit den „gelobten“ Jahren vergangen. Es war uns so gut gegangen, daß unsere Kriegervereine und gelangweilten Offiziersklubs, unsere Patrioten und Alldeutschen es nicht mehr aushielten und unbedingt einmal in einen frischfröhlichen Krieg hineinmußten. Es war damals alles so durchaus selbstverständlich geworden, daß man es schon gar nicht mehr in der Hautevolee schön fand und der Papst der Uebersättigten, ER von Gottes Gnaden, es für durchaus angemessen und zeitentsprechend hielt, sein Volk endlich „herrlichen Zeiten entgegenzuführen!“ Nun haben wir die herrlichen Zeiten . . . .! Wie sie sind, wissen wir. Wir, die Millionäre am Hungertuch, wir, die wir resigniert und müde schon den Maßstab vergessen haben, den die Arbeitenden anderer Länder gewöhnt sind an ein menschenwürdiges Dasein zu legen.

Nämlich so — so leben wir alle Tage . . . .

Unser Hungerleiderniveau.

Wir haben uns bescheiden gelernt in Dinge, die für uns unglaublich gewesen wären, und in Verhältnisse uns geschickt, die wir für unmöglich gehalten hätten. Wir schlafen nicht mehr wie damals im schönen Bett; es ist jetzt ärmlicher geworden, dürftiger, die Laken und Ueberzüge sind zerflickt und gestopft, teils so fadenscheinig, daß nichts mehr zu retten ist, teils schon überhaupt fehlend, so daß man auf der bloßen Metratze oder einer Decke schläft. Neues Bettzeug, das viele Millionen kostet, ist unerschwinglich, daher das alte nicht mehr zu ersetzen. Auf dem Frühstückstisch steht die Kanne mit **dünnem Tee oder mit Kaffee-Ersatz, Malzkaffee oder Zichorie daneben, dünn mit Margarine bestrichen, liegen die Klappstullen oder die schwarzen Schrippen.** Das Ganze nennt sich „Das Frühstück“. Nur die Gutgestellten können sich Butter und weiße Schrippen leisten — und das ist auch dann die äußerste Höhe der Gefühle. Einen weiteren Belag gibt es nicht. **Im geflickten Anzug geht Vater dann auf die Arbeit;** in geflickten und dünnen fadenscheinigen Kleidern mit einem ererbten Ranzen und mehr zerfetzten als ganzen Schulbüchern. die Kinder in die Schule; im dünnen Fähnchen, im alten Umschlagtuch die Mutter auf den Markt, zum Kaufmann, um irgend etwas zu „erstehen“. Auf dem Markt, in den Läden, beim Bäcker und Metzger, keiner denkt mehr an Höflichkeit, an zuvorkommendes Benehmen, an Entgegenkommen gegenüber den Kunden; im Gegenteil: man sitzt auf dem hohen Pferde und schnauzt und **„behandelt“ den Kunden als einen unangenehmen Störenfried.** Man bietet nicht mehr an; sie reißen sich ja um die Ware, sie stehen stundenlang um sie an, sie bitten, betteln, schmusen um sie und der Kaufmann kommt sich vor wie ein kleiner Fürst, dem man zu parieren hat, der sich nicht zu genieren braucht. **„Kaufst du nicht, kauft ein anderer!** Was soll ich mi chda noch bemühen? Das Geld kommt doch zu mir!“ Und hat die Mutter dann glücklich sich alles „erstanden“, dann hat sie vielleicht ein Viertel Pfund Butter, ein Pfund Margarine, ein schwarzes Brot, ein halbes Pfund Knochen, ein Viertel Pfund Wurst, etwas Suppengrün, ein paar Bouillonwürfel, Ersatz, Ersatz und — Angst, daß sie sich überkauft hat, daß sie zuviel ausgegeben hat, daß es nun nicht mehr reicht, daß sie wieder rechnen, rechnen muß. Die Frau spart indessen am Gas, an Feuerung, an diesem, an jenem, als sie endlich das Essen fertig hat: **fleischloses Essen, paar Kartoffeln, etwas Gemüse, eine Würfelsuppe vorher, etwas Brot dazu und dann Schluß. Fleisch,** das mehrmals in der Woche früher selbstverständlich war, **kommt** nun nur mehr **höchstens alle Sonntag auf den Tisch** und dann auch nur spärlich; ein Pfund kostet über eine Million; das kann die Hausfrau nicht mehr aufbringen, da alles andere zu viel verschlingt. Da ist z. B. **die große Wäsche.** Früher war sie ebenso wie der Hausputz für die Hausfrau eine Selbstverständlichkeit, auf die sie stolz war. Das ist heute anders. Seife, Seifenpulver, Feuerung, Gas sind so teuer geworden, daß sie sich da einschränken muß. **Die Wäsche muß länger getragen werden,** darf nur seltener gewaschen werden. Durch beides aber geht die Wäsche noch schneller entzwei. Selbst die Reinlichkeit und Sauberkeit von ehemals ist nicht mehr so selbstverständlich in einer Zeit, in der Waschseife 200 000 Mk. der Riegel, Seifenpulver das Pfund 150 000 Mk., eine Preßkohle 10 000 Mk. und Gas zum Plätten noch teurer ist. So bleibt die Wäsche zum Teil eben ungeplättet; Schönheit kann man sich heute nicht mehr leisten. Kommt dann der Abend, **gibt es ein kaltes Abendbrot,** wieder dünen Tee oder Malzkaffee, für Vater vielleicht eine Suppe, für die Kinder ein paar Stullen mit Margarine, in den wenigsten Fällen aber mit Belag.

Diner: Kartoffeln mit Hering.

Daß der Gesundheitszustand aller, namentlich der Kinder, darunter leidet, ist selbstverständlich. Sieht man sich um, so graut es einen, sieht man die vielen unterernährten Kinder, die allzuvielen Zeichen von Rachitis, Tuberkulose und englischer Krankheit. **Das Armleute-Abendessen von ehemals, „Kartoffeln mit Hering“, ist heute zum Abendessen der gutstehenden Vollarbeiter geworden;** alles hat sich in diesem Verhältnis verschoben. Ging man früher ins Kino, so hat das auch für die meisten aufgehört; die Kinos werden gefüllt meist von den Verdienern unter den Jugendlichen, Alleinstehenden und Reichen. Noch stärker macht sich das beim Theater bemerkbar. Auch der Arbeiter fand es früher selbstverständlich, sich durchzubilden, Theater zu besuchen, Bücher zu lesen, Gäste, Freunde bei sich zu sehen. Heute ist **„Bildung“ teuer und Luxus geworden.** Bücher gehen in die Millionen; **Gäste in seiner Familie sind zu kostspielig.** Man will doch etwas vorsetzen, man muß länger Licht brennen, der Kaffee-Ersatz braucht Gas usw. So ist auch das Familienheim von ehemals, „das trauliche“, ein Luxus geworden, den sich nicht mehr jeder leisten kann. Noch hat der Arbeiter einen Ausweg in der Bibliothek, in der Volksbühne — aber noch für wie lange? Dann hört auch das auf, ausradiert von der Zeit, die in die Trillionen hineinmarschiert. Muß da noch bemerkt werden, daß jene kleinen Genüsse, die damals mehr als selbstverständlich waren, schon längst es nicht mehr sind: das abendliche Glas Bier, die Zigarre, die Zigarette, der Skat, das Kegeln und so weiter? Ebenso wie das ist **für viele der obligate Sonntagsausflug ins Grüne verschwunden;** für die, die ihn noch aufrechterhalten konnten, wird er langsam ebenso verschwinden, wenn die Eisenbahn statt der Tausende Millionen verlangen wird. Und, wenn es so weitergeht, wird es nicht mehr lange bis dahin währen. Und nach vieler Arbeit und schweren Sorgen, kargem Essen und dürftigem Alltag legt man sich unzufrieden ins Bett auf die zerflickte, dünne, angeschmutzte Bettwäsche und denkt nach: Wofür arbeitet man? Wofür lebt man? Warum ist man . . .?

---

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Die Bohème, Henry Murgers „Leben der Bohème“, das von Puccini als Opernstoff benutzt wurde, ist von einer deutschen Filmgesellschaft unter Regie eines Italieners verfilmt worden. Die Romantik des vormärzlichen Paris, der Zauber des Künstlervolkes vom Montmartre, der Rhythmus des zigeunerhaften Blutes spricht aus diesen schönen Bildern. Nur ganz selten ist das Auge des Besuchers mit so zahlreichen, duftig, dichterisch und malerisch durchfühlten Darstellungen überschüttet worden. Ein Feuerwerk von Geist, Witz und Grazie steigt empor. Technisch wird ganz Hervorragendes geleistet. Ueberraschung reiht sich an Ueberraschung. Klar und stimmungsrein sind die Bilder geraten. Geradezu entzückend wirkt die Vision der Niederschrift eines Gedichtes Rudolphes, wenn die Hochzeitskutsche durch einen Laubbaldachin schaukelt. Zeichnungen von Pariser Künstlern sind benutzt. Der Schluß „Mimis Tod im Spital“ wirkt geradezu gewaltig vornehm. Diese Rolle wird von einer Italienerin Maria Jacobini, einer Frau von seltsamer Schönheit und Gebärde, mit einem so verinnerlichten, mitleidenden Ausdruck dargestellt, wie wir sie bisher bei keiner deutschen Filmschauspielerin sahen. Die übrigen Mitwirkenden: Dieterle, Janssen, Furth, Goetz, Helene Lunda und Nichi Elliot spielten sich unter Ruphellis Leitung gut in die Bilder ein. Der Film ist von ganz hohem Niveau. Sein Vorläufer „Eine Nacht gelebt im Paradiese“ mit Reinhold Schunzel und Wanda Treumann in den Hauptrollen ist humoristisch gestimmt.

Stadttheater. Auf Grund zahlreicher Klagen und Beschwerden, sieht sich die Intendanz des Stadttheaters im eigenen Interesse des Publikums genötigt, dem Beispiel der meisten anderen Theater zu folgen und hiermit anzuordnen, daß künftighin zu spät kommende Besucher erst nach der Ouvertüre oder nach dem ersten Akt in den Zuschauerraum gelassen werden. Sie bittet das geehrte Publikum nochmals, die Anfangszeiten zu beachten und rechtzeitig zu erscheinen, und ersucht ferner, die Maßnahme der Türschließung, zu der sie sich nur ungerne entschlossen hat, freundlichst zu unterstützen.

Einstellung der Fremdenabonnements. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Die Intendanz des Lübecker Stadttheaters ist leider nicht mehr in der Lage, die beliebten Fremdenabonnements auszugeben, da die unaufhörliche Geldentwertung jede Vorausbezahlung unmöglich macht und eine wertbeständige Bezahlung nicht in Frage kommen kann. Sie will trotzdem den auswärtigen Besuchern gute Stücke zu möglichst niedrigen Preisen bieten, da sie ihre kulturellen Aufgaben zu hoch einschätzt, um sie materiellen Erwägungen unterzuordnen. Sie wird deshalb auch in dieser Spielzeit eine Reihe Sonntagnachmittagsvorstellungen veranstalten und diese so frühzeitig bekannt geben, daß die auswärtigen Besucher, wenn sie rechtzeitig bestellen, die Plätze erhalten können, an die sie gewöhnt sind. Wie stets, wird der Sonntagsnachmittagsspielplan klassische und moderne Werke enthalten. Vorgesehen sind in der Oper „Die Entführung aus dem Serail“ von Mozart „Czar und Zimmermann“ von Lortzing; „Der fliegende Holländer“ und „Rheingold“ von Rich. Wagner; „Othello“ von Verdi; „Cavallerie rusticana“ von Mascagni und „Bajazzo“ von Leoncavallo (beide an einem Nachmittag); „Tiefland“ von D'Albert; „Salome“ und „Rosenkavalier“ von Rich. Strauß; „Don Juans letztes Abenteuer“ von Graener; „Die tote Stadt“ von Korngold. Ferner sind die Operetten: „Schöne Galathee“ von Suppé und „Brüderlein fein“ von Fall geplant. Im Schauspiel sind in Aussicht genommen: „Wintermärchen“ von Shakespeare; „Kabale und Liebe“ von Schiller; „Gyges und sein Ring“ von Hebbel, und das sehr interessante Reformationsdrama des jungen Dichters Hanns Johst „Propheten“. Als erste Sonntagnachmittagsvorstellung wird „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“ und zwar am 23. September um 2.15 Uhr stattfinden. Bestellungen können jetzt schon schriftlich an die Theaterkanzlei gerichtet werden.“

pb. **Diebstähle.** In der Nacht zum 31. August wurde einer in der Kronsforder Allee wohnhaften Witwe mittelst Einbruchs ein Schinken im Gewichte von 8 Pfund gestohlen. — Von einem Neubau in der Bugenhagenstraße ist ein Schraubstock gestohlen worden. — Im Laufe der letzten Tage wurden in hiesiger Stadt mehrere Fahrräder gestohlen.

pb. **Schwerverbrecher.** Wie berichtet, sind am 8. v. Mts. die Arbeiter Weitendorf und Genossen wegen hier verübter Einbruchsdiebstähle festgenommen worden. Wie die Ermittlungen ergeben haben, kommen Weitendorf und Genossen für über 20 in hiesiger Stadt und in der Umgegend verübte Einbruchsdiebstähle in Frage. Obwohl die Täter die ihnen zur Last gelegten Einbrüche bestreiten, konnten sie durch die bei ihnen vorgefundene Diebesbeute, die von den Geschädigten als ihr Eigentum wiedererkannt wurde, vollends überführt werden.

Aus dem Polizeibericht. Wegen des dringenden Verdachtes, einem Schweden 450 schwedische Kronen gestohlen zu haben, geriet eine in der Böttcherstraße wohnhafte Arbeiterin in Haft. — Ein Schriftsetzer und ein Arbeiter von hier wurden wegen Diebstahls von Gurken im Werte von vielen Millionen Mark, die sie aus einem vor dem Mühlentor befindlichen Garten gestohlen hatten, verhaftet. — Seiner Freundin 800 000 Mark gestohlen hatte ein 18jähriges wohnungsloses Dienstmädchen aus Stockelsdorf, das festgenommen wurde. Das Geld ist restlos herbeigeschafft und konnte an die Geschädigte wieder ausgehändigt werden. — Festgenommen wurde ein 20jähriger Seemann von hier, der auf das Schiff eines ihm bekannten Freundes geschlichen war, dort dessen Kammer erbrochen und aus ihr verschiedene Lebensmittel, 30 Millionen Mark in barem Gelde und eine Pistole gestohlen hatte. — Mittelst Einbruches wurden aus einem Hause der Schwartauer Allee gestohlen: 35 Eier, 1 Stück Schinken, 1 Stück Wurst, 1 Feinbrot, 1 Pfund Margarine und eine Leinendecke. — Aus einem Hause der Hansastraße wurden durch Einbruch gestohlen: 1 dunkelgrauer Sommerpaletot, 1 Chaiselongue-Plüschdecke, 1 Kaffeekanne mit Untersatz, 1 Teekanne mit Untersatz, 1 Tablett mit Zuckerkanne und Rahmenguß, 1 muschelförmige Zuckerschale mit Streulöffel, ferner silberne Löffel, Gabeln und Messer, sowie 228 000 Mark in barem Gelde.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gruppenvorstände! Die Sitzung der Gruppenvorstände der Industriegruppen findet am Mittwoch, dem 5. September, abends 7 Uhr, statt. Die verschickten Einladungen sind neben Ausweis und Verbandsbuch mitzubringen.

Stadttheater. Im Dienstag-Ab. zum erstenmal: „Der Rosenkavalier“ von Rich. Strauß. Musikalische Leitung: Kapellmeister Mannstaedt, szenische Leitung: Herr Daum. Die Hauptpartien werden gesungen von den Damen: Döhle, Storbeck, Bruhn, Diependahl, Studt und den Herren: Fuchs, Hartmann, Prohaska, Sterne, Beckmann.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Mit dem Dolchstoß-Denkmal befaßte sich eine Parteiversammlung. Alle Redner forderten die Entfernung des Schandmals. Einmütigkeit herrschte in der Forderung, daß diese Verhöhnung der Republik nicht ohne Protest hingenommen werden konnte, daß die Demonstration eine Notwendigkeit war. Vom Gen. Stelling wurde festgestellt, daß die reklamehafte Ankündigung der bürgerlichen Presse, die soz. Minister hätten der Partei ihre Aemter zur Verfügung gestellt, plumper Schwindel ist.

Hamburg. Gegen die Arbeitslosigkeit. Im Auftrage des Senats fand im Arbeitsamt eine Besprechung statt, zu der Vertreter der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und der Behörden und Kammern geladen waren.

Gegenstand der Erörterungen bildeten die in den Eingaben an den Senat und das Arbeitsamt enthaltenen Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterrats Groß-Hamburgs nach Maßnahmen zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis der Aussprache zeigte, daß auf seiten der Arbeitgeber Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Bestrebungen besteht, durch die eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit verhindert und die gegenwärtige Unruhe innerhalb des Wirtschaftslebens wieder überwunden werden soll. Insbesondere sagten die Arbeitgeber zu, daß auswärtige Arbeitnehmer in Hamburg nicht eingestellt werden sollen, daß die Betriebsstillegungen und -einschränkungen nicht über das unbedingt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß hinausgehen und daß bei etwa notwendigen Entlassungen aus sozialen Gründen die Verhältnisse der einzelnen Arbeitgeber berücksichtigt werden sollten. — Zur Stärkung der Parteikasse wurde beschlossen, im September von den männlichen Mitgliedern drei Marken zu 200 000 Mk. und von den weiblichen Mitgliedern drei Marken zu 40 000 Mark zu erheben.

Hamburg. Die Entlarvung eines Spitzels hatte den Redakteur der „Hamburger Volks-Zeitung" Jensen und den Parteisekretär Urbahns zu einer Anklage wegen Diebstahls und Hehlerei gebracht. Im November-Dezember 1921 erschienen in verschiedenen Nummern der „Hamburger Stimme" Artikel über innere Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Hamburgs, die darauf schließen ließen, daß der Schreiber eingeweiht sein müßte. Man fand dann heraus, daß ein gewisser Ahlers, Mitglied und Funktionär der KPD., redaktionell an der „Hamburger Stimme" tätig war. Um bestimmtere Beweise zu erlangen, gab Urbahns dem Jensen den Auftrag, den Ahlers in der Redaktion in der Grindelallee zu besuchen. Durch zufällige Abwesenheit des A. und durch Entgegenkommen des Verlegers war es Jensen vergönnt, die Redaktion einer Inspektion zu unterziehen. Die vorgefundenen Dokumente über Angelegenheiten der KAP., AAU., KPD., SPD., VR., sowie Berichte über Gewerkschaftsversammlungen reizten Jensen derartig, daß er nicht widerstehen konnte, die Dokumente mitzunehmen. Aus einem Brief an einen Kriminalwachtmeister, der gleichfalls in der Redaktion gefunden wurde, konnte man entnehmen, daß A. innerhalb eines Monats 252 Berichte diesem Polizeibeamten geliefert hatte. Andere Dokumente führten zu der Vermutung, daß A. mit Hilfe seiner Vertrauensleute Berichte an die Reichswehr, Orgesch und Polizeinachrichtenstelle lieferte. Der als Zeuge erschienene Ahlers, der den Eindruck eines ganz gerissenen Menschen macht, gab zu, daß er „im Interesse der Oeffentlichkeit" Berichte geliefert hat, für deren Richtigkeit er keine Garantie übernehmen konnte. Nur rein kriminelle Artikel und Berichte übergab er der Polizei. Der Staatsanwalt beantragte für Jensen und Urbahns wegen Diebstahls und Hehlerei je 10 Millionen Mark Geldstrafe statt 2 Monate Gefängnis. Das Gericht kommt in der Urteilsbegründung zu der Feststellung, daß es nicht nachzuweisen war, daß Urbahns seines Vorteils wegen Jensen zu der Tat verleitet hatte, wenn auch der Verdacht naheliegt. Jensen hat sich zwar gesagt: ich darf es nicht, aber es ist zweckmäßig. Deshalb mußte Jensen wegen Diebstahls, der nicht auf derselben Stufe steht, wie ein anderer, bestraft werden. Ahlers hat keine schöne Rolle gespielt. Urbahns wurde freigesprochen und Jensen wegen Diebstahls zu 10 Millionen Mark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis verurteilt.

Husum. Ueber die Sturmflut wird weiter berichtet: Bei dem schweren Orkan, der unserer Westküste soviel Unheil gebracht hat, verlebte auch eine Anzahl Arbeiter des Wasserbauamtes am Nordstrander Damm eine grauenhafte Schreckensnacht. Von der Wohnschute, die ungefähr in der Mitte des Dammes liegt, wurde das Dach abgerissen und die Schute voll Wasser geschlagen. Die Arbeiter klammerten sich an die Deckenbalken, wo sie stundenlang mehr und mehr erstarrend zwischen Tod und Leben hingen. Der Arbeiter Lindblan von Pellworm scheint schließlich vor Entsetzen seinen Verstand verloren zu haben und ließ sich, den Tod suchend, in die Flut sinken, während der Arbeiter Jensen aus Rödemis sich nackt auszog und, sich an eine hölzerne Treppe klammernd, in die Flut stürzte, um so schwimmend die Küste zu erreichen. Er versank indessen, und seine Leiche trieb auf die salze Grödung bei Kalsbüll. Die übrigen vier Schutenbewohner kamen am Morgen in einem furchtbaren Zustand an das Festland. Schwere Schäden hat der Sturm auch am Sylter Damm angerichtet. Von einer Baracke wurde ein Dach abgerissen, das die Schlafdecke des Technikers Miersch aus Husum zertrümmerte. — Der Personenzug von Rendsburg entgleiste zwischen Erfde und Christiantholm, da der heftige Regen den Bahndamm untergraben hatte. Personen wurden nicht verletzt.

Gewerkschaften.

Wohin soll das führen? Im gleichen Maße, in dem die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder, die Führung von Lohnkämpfen, die geistige Verbindung der Gewerkschaftsmitglieder im Reiche untereinander immer dringlicher wird, wird es den Gewerkschaften immer schwieriger gemacht, ihre Verbandsorgane zu erhalten. Einige Gewerkschaftsblätter können nur noch zweiseitig erscheinen. Aus den vorliegenden Ausgaben der Verbandsorgane zum 1. September war zu ersehen, daß selbst die „Holzarbeiter-Ztg." und mit ihr eine ganze Reihe anderer Gewerkschaftszeitungen nur noch als zweiseitige Blätter herauskommen. Geht es so weiter mit der Verteuerung der Papier- und Druckpreise, dann kommen die meisten der kleineren Gewerkschaftszeitungen in die Zwangslage, ihr Erscheinen zunächst vollständig einzustellen. Der „Kommunistische Gewerkschafter" dagegen hat noch zwölf Seiten und eine vierseitige Genossenschaftsbeilage. Schließlich bleibt nur noch die von Stinnes ausgehaltene nationalistische Presse und die von der russischen Regierung in Deutschland ausgehaltene Presse. Unter diesen Umständen ergibt sich die weitere Frage: Sollen wir die Dinge so gehen lassen, sollen wir ruhig zusehen, wie unsere Gewerkschafts- und Parteipresse abstirbt? Die Sache, die hier auf dem Spiele steht, lohnte denn doch die Mühe einer Beratung aller dabei Beteiligten, der Partei- und Gewerkschaftsvertreter, der Verleger, der Druckereibesitzer wie der Vertreter der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder, um wenigstens den Versuch zu machen, irgendwie das Schlimmste zu verhüten. Vielleicht ist es noch nicht zu spät. Läßt sich an den Dingen durchaus nichts ändern, an dem Papierwucher nichts ändern, dann bleibt wenigstens das Bewußtsein, unsere Schuldigkeit getan zu haben. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder aber müssen ebenfalls — und nun erst recht — alles daransetzen, sich ihre Presse zu erhalten, sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, auf die Kulissenstufe zurückgeworfen zu werden — solange es noch Zeit ist.

Eine Million Verbandsbeitrag. Der Buchdruckerverband, der mit seinen Beitragsleistungen stets an der Spitze der Gewerkschaften marschierte, aber auch in manch anderer Beziehung, erhebt jetzt von seinen Vollmitgliedern einen Beitrag von einer Million Mark, wozu gegenwärtig noch ein Extrabeitrag von 500 000 Mark hinzukommt. Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Für Lübeck beträgt der Beitrag für die Gau- und Ortsvereinsleitung 70 000 Mark, sodaß der Wochenbeitrag eines Lübecker Buchdruckergehilfen jetzt rund 1 600 000 Mk. beträgt. — Der Grundsatz, ein Stundenlohn als Wochenbeitrag, der für die meisten übrigen Gewerkschaften gilt, von den Mitgliedern jedoch noch häufig nicht genügend beachtet wird, ist von den Buchdruckern überholt worden. Um so mehr sollten die Gewerkschaftsmitglieder darauf bedacht sein, diesem Grundsatz zu folgen, ihre Gewerkschaft auch finanziell zu stärken suchen, das ist heute notwendiger denn je!

Vermischtes.

Ein Unhold. Das Volksgericht München II verurteilte den Bauernsohn Josef Sellmeier von Endorf bei Erding wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Sellmeier hatte mit einer Dienstmagd ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Aus Aerger darüber, daß die Magd keinen strafbaren Eingriff an sich vornehmen ließ, überfiel Sellmeier das Mädchen, das inzwischen eine andere Stelle angetreten hatte, und schnitt ihm den Hals durch. Während das Mädchen sich verblutete, vergnügte sich der Unhold in seinem Heimatsorte in den Gaststätten.

Ueberschwemmungen und Schiffszusammenstöße. Der Wirbelsturm, der seit Mittwoch abend über Frankreich hinwegtobt und am stärksten in der Nacht zum Donnerstag wütete, hat in Paris und einigen Departements großen Schaden angerichtet. Aus Dieppe, Brest, Granville, Le Havre und anderen Orten werden Ueberschwemmungen und Schiffszusammenstöße gemeldet. Viele Schifferbarken sind an der normannischen und bretonischen Küste untergegangen. Bei Amiens brachte der Sturm einen Eisenbahnzug zur Entgleisung, wobei sieben Passagiere verletzt wurden. In Paris sind Bäume entwurzelt und eine Anzahl Baracken abgedeckt worden. Der Telephonverkehr erlitt empfindliche Störungen.

Die Wäsche wird so „schrecklich teuer!" — das ist die immer wiederkehrende Klage der Hausfrau. Allerdings ist sie selbst nicht immer ganz schuldlos an der Verteuerung, weil sie oft so vielerlei Seifenpulver, Waschmittel und Seifen wahllos durch- und nebeneinander verwendet, die sich in ihrer Verschiedenartigkeit, statt das Waschen zu erleichtern und zu fördern, gegenseitig in ihrer Waschwirkung behindern und hemmen. Die Hausfrau, die mit Persil wäscht, kann sich — und ihrem Geldbeutel! — keinen größeren Gefallen tun, als dieses Waschmittel genau nach der Gebrauchsanweisung zu verwenden, d. h. es halt aufzulösen und ohne die vielen verteuernden Zutaten zu gebrauchen. Persil ist eben kein Seifenpulver, wie es hunderte gibt, es ist das Waschmittel, welches durch seine schmutzlösenden Eigenschaften die Wäsche selbsttätig wäscht und ihr zugleich das erwünschte blütenweiße Aussehen gibt. Durch Ausschaltung jeder eindringlichen Bearbeitung mit Waschbrett und Bürste wird so das Gewebe weitgehend geschont, ein Punkt, der in dieser Zeit der Teuerung natürlich auch von außerordentlicher Bedeutung ist!

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Fremdenführungen in Lübeck.

Ich hatte jüngst Gelegenheit, mich an den Holstentortürmen einer Gruppe von Besuchern anzuschließen, die unter der Führung eines Mannes standen, von dem ich voraussetzte, daß er einer der Führer des Fremdenverkehrs sei. Wie erstaunte ich aber, als ich von dem Herrn recht krause Erklärungen und unzutreffende Angaben hörte. So erklärte unser Führer in der Marienkirche vor der Trese: „Und hier ruht die Krone von Lübeck" (das mag auch bildlich gemeint sein), aber in der Beckergrube hieß es: „Dies ist das Stadttheater. Es ist ein Geschenk des Senators Possehl. Innen ist es prächtig ausgestattet. Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt, Senator Possehl wurde während des Krieges wegen Landesverrat verhaftet. Und auf dem Wege zum Bahnhof hieß es vor der die Trave darstellenden allegorischen Figur: „Das ist Gott Aegir."

Ich frage, wie ist es möglich, daß in einer Stadt wie Lübeck, die doch über historisch geschulte Kräfte in ausreichendem Maße verfügen muß, geduldet wird, daß ein Mann von den bezeichneten Eigenschaften auf die Fremden losgelassen wird. Da sollte doch der Fremdenverkehrsverein einschreiten, oder vielmehr haben die Behörden die Pflicht, sich solch ungeeigneten Führer anzusehen.

Ein Besucher Lübecks.

Geschäftliches.

Die Fleisch- und Fettmengen wie früher zu beschaffen ist heute nicht mehr möglich. Da treten Maggi's altbewährte Erzeugnisse: Maggi's Würze, Maggi's Fleischbrühwürfel, Maggi's kochfertige Suppen in die Lücke. Sie sind billig im Gebrauch. **Man achte aber auf den Namen Maggi.**

An unsere Abonnenten!

Die unaufhaltsame, sich überschlagende Preissteigerung aller Materialien und Gegenstände, die zur Herstellung einer Zeitung benötigt werden, hat unsere Presse in eine unhaltbare Lage gebracht. Wenn nicht neben der notwendigen Anpassung der Bezugspreise an den gesunkenen Geldwert das Reich zur Stützung und Erhaltung der Presse mehr als bisher eingreift, muß ein großes Sterben der Zeitungen in den nächsten Wochen beginnen. Kein Freund einer aufwärtsstrebenden Kultur, kein Parteigenosse kann diesem Niedergang der Presse gleichgültig zusehen, sondern jeder muß sein Möglichstes dazu beitragen, um unsere Presse zu erhalten.

Die Papierpreise stehen bereits über dem Weltmarktpreis.

Der Papierpreis im September beträgt 4 Milliarden pro Waggon gegen 550 Millionen in der letzten Augusthälfte. Die Unkosten steigern sich fortgesetzt nach der durch verbrecherisches Spekulationstreiben irrsinnig steigenden Valuta. Wir müssen deshalb, um eine etwas sichere Möglichkeit der Berechnung zu gewinnen, den Bezugspreis zunächst nur für eine Woche festsetzen; so beträgt der Bezugspreis für den Monatsabschnitt

vom 1. bis 8. September 606 000 Mk.

Unsere Abonnenten bitten wir, diesen Betrag bei der erstmaligen Vorlegung der Quittung zu bezahlen. Unsere Botenfrauen führen lebhaft Klage darüber, daß sie bei einer Anzahl unserer Abonnenten wegen des Einkassierens oft vergeblich vorsprechen müssen. Es empfiehlt sie deshalb, den Abonnementsbetrag spätestens Sonntag früh bereitzuhalten und für Abonnenten, die tagsüber von ihrer Wohnung abwesend sind, bei einer benachbarten Familie zu hinterlegen.

Verlag des Lübecker Volksboten.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Unser Zahlensystem.

Der Zerfall der deutschen Währung und das maßlose Anwachsen der Papiergeldflut hat das gute deutsche Volk der „Dichter und Denker" zu einem „Volk der Mathematiker" gemacht. Während der Mann aus dem Volke, der sein Studium mit der Volksschule abschließen mußte, bis vor wenigen Jahren noch seine Zahlenbegriffe in der Million erschöpft sah und vor der Milliarde schon eine ehrfürchtige Verbeugung machte, weil er sie in ihrer Größe und inneren Konstruktion nicht recht erfassen konnte, macht man heute die Erfahrung, daß sogar die Billion ein ganz geläufiger Begriff geworden ist. Nun ist sich ja über die Größe einer Billion kaum jemand klar; man weiß zwar, daß in ihr 1000 Milliarden oder 1 Million Millionen stecken, aber an die Summe der Einheiten denkt niemand. Und doch ist eine simple Billion schon etwas Respektables. Angenommen, es wollte jemand bis auf 1 Billion zählen, so würde er, wenn er ununterbrochen Tag und Nacht und in jeder Sekunde 1 Größe zählen würde, die Kleinigkeit von 11 574 210 Tagen oder genau 31 710 Jahre dazu brauchen! Oder man denke sich 1 Billion Würfelchen mit je 1 Zentimeter Kantenlänge. Schichtet man diese Dinger zu einem quadratischen Gebilde zusammen, so entsteht ein riesiger Quader von 100 Meter Länge, 100 Meter Tiefe und 100 Meter Höhe. Oder man reiht 1 Billion Glasperlen, von denen immer 4 auf 1 Zentimeter gehen sollen, auf eine Schnur auf, so entsteht ein Halsband, das man der Mutter Erde 75mal um den Bauch, nämlich um den Aequator wickeln kann.

Das wäre die Billion. Unsere Reichsbank ist tüchtig im Notendruck. Etwa 60 Billionen Mark hat sie produziert. Bis sie aber mit der Summe ihrer Noten den nächsthöchsten mathematischen Begriff erreicht hätte, müßte sie noch sehr emsig arbeiten. Es wäre dies die Trillion, ein Ding mit einer Eins vorne und dahinter 18 Nullen. Die Zahl ist sehr hübsch und sieht so aus: 1 000 000 000 000 000 000. Eine Trillion, das sind 1 Million Billionen. Man sieht, es ist System in der Sache. 1 Million × 1 Million = 1 Billion; 1 Billion × 1 Million = 1 Trillion. Macht man weiter: 1 Trillion × 1 Million, so kommt man zur Quadrillion, die 24 Nullen und eine 1 hat. Ferner 1 Million Quadrillionen gibt die Quintillion mit 31 Stellen (die eine Eins und 30 Nullen hat). Käme die Sextillion mit 36, die Septillion mit 42, die Oktillion mit 48, die Nonillion mit 54 und schließlich die Dezillion mit einer 1 und 60 Nullen. Ihr Bereich geht bis zur 66. Stelle, dann macht unsere Mathematik zunächst Schluß mit der Benennung weiterer Ungeheuer.

Eine auch nur näherungsweise Vorstellung kann sich von diesen Zahlen niemand mehr machen. Der Sole mag nun denken, es handle sich hier um Spielereien, die in der Praxis niemals vorkämen. Er täuscht sich darin. Die Mathematik rechnet oftmals mit ganz anderen Größen, allerdings nur im Verlauf einer mathematischen Operation und niemals im Endresultat. Es kann zum Beispiel bei einer Zinseszinsrechnung, die sich über viele Zeiteinheiten erstreckt, während der Ausrechnung eine Zahl entstehen, die, wollte man sie ausrechnen, Hunderte von Stellen aufweisen würde. Macht man sich etwa den Spaß und stellt fest, wie hoch bei täglich 2 Prozent Bankzinsen die Summe der Schuld von 100 Mark nach Ablauf eines Jahres bei Zinseszinsen wird, so ergibt sich im Endresultat ein Bruch, der im Zähler 724 Zahlenstellen, im Nenner einige weniger aufweist. Zwar wird es niemand einfallen, eine solche Zahl tatsächlich auszurechnen; die Mathematik hat hier einfachere Mittel — Potenzen, Logarithmen usw. —, mit deren Hilfe man Klippen leicht umschiffen kann.

Unser Rechensystem beruht bekanntlich auf dem Dezimalsystem mit der Zahl 10 und ihren Vielfachen — 100; 1000; 10 000 usw. — als Basis. Große Vielfache von 10 wie etwa die Trillion werden niemals mit ihren vielfachen Ziffern geschrieben, sondern lediglich als Potenzen von 10 aufgefaßt und dargestellt. 1 Million schreibt man dann folgendermaßen: 10^6, gesprochen „10 hoch 6", und das heißt, daß „10 sechsmal mit sich selber multipliziert" 1 Million gibt. So wäre die Billion gleich 10^{12}, die Trillion 10^{18}, die Quadrillion 10^{24} usw. Die Milliarde (10^9) ist ein unorganischer Bestandteil im Zahlsystem und willkürlich zwischen Million und Billion als Begriff eingeschoben. Mathematisch-wissenschaftlich existiert keine Milliarde: es gibt hier nur „1000 Millionen". Wie aus der Darstellung hervorgeht, bauen sich die Riesen in diesem Systeme auf der Million auf. Sie sind Potenzen der Million. Das geht schon aus dem Namen hervor. Die Billion ist die Million mal Million, also geschrieben: $1\,000\,000^2$. „Hoch 2." Das 2 steckt im Namen bis, gesprochen bi, ist das altfranzösische Stammwort für 2 zwei. Die Trillion erhält man, wenn man die Million dreimal mit sich selbst vervielfacht, also $1\,000\,000^3$. „Hoch 3". In Trillion steckt das lateinische bezw. französische Wort trois gleich drei. Ebenso ist es bei den übrigen Größen: in Quadrillion der Stamm quart bezw. quatre gleich vier usw. Die Namen Septillion, Oktillion (hoch 7 und 8) stecken schon in unseren Monatsnamen September („der 7.") und Oktober („der 8."). Man sieht also, daß in der ganzen Sache keine Hexerei, sondern nur ein einfaches System steckt. Und die Systeme sind ja nirgends dringender notwendig als in der ganz abstrakten Rechnerei.

Mit diesen Potenzen lassen sich also, wie gezeigt ist, ganz enorme Zahlengrößen auf einfache Art darstellen. Der Mathematiker gebraucht sie stets in dieser Form, anders würde er in einem Meer von Ziffern ersticken und jeden Ueberblick verlieren. Wie gewaltig groß die Zahl sein kann, die in einer harmlos aussehenden Potenz steckt, möge zum Schluß ein Kuriosum beweisen: die Zahl 9^{99} sieht sicher ungefährlich aus. Gesprochen wird „9 hoch 9 hoch 9". Gemeint ist, daß man die Zahl Neun 9^9mal mit sich selber multiplizieren soll. 9^9 macht 386 491 919. Nun soll also 9 so oft mit sich selbst vervielfacht werden! Wer sich als Laie daran macht, die Zahl auszurechnen, wird gerade dann fertig sein, wenn der Dollar wieder auf 4,20 Mark steht. Er wird auf eine Zahl mit etwas mehr als 220 Millionen Ziffern kommen. Den notwendigen Papierstreifen zum Abschreiben der Zahl stellen wir bis dorthin bereit. Etwa 100 Kilometer dürften vorerst genügen!

Das ist nur eine Zahl. Wie viele Wunder und wie viele Möglichkeiten liegen also in diesem Zahlensystem verankert! So viele, daß es ratsam erscheint, gar nicht erst mit Grübeleien darüber anzufangen. Vorerst wird es den meisten deutschen Staatsbürgern noch möglich sein, ohne Kenntnisse in der höheren Mathematik den Grad ihrer gesunkenen Lebenshaltung, hervorgerufen durch die Havensteinschen Billionen, zu ermessen.

Eine traurige Statistik. Die neueste Statistik über den Altersaufbau der preußischen Bevölkerung, die in der „Klinischen Wochenschrift" wiedergegeben wird, zeigt dieses wichtige Problem der Bevölkerungspolitik in einem trüben Lichte. Danach betrug die Zahl der Kinder von 0—15 Jahren, die 1910 noch 35 Proz. der Bevölkerung ausmachte, 1920 nur noch knapp 29 Proz., und das trotz des Kriegsverlustes der Männer. Die Zahl der Männer von 20—50 Jahren betrug nämlich 1913 fast 8,5 Millionen, 1920 aber nur noch 7,7 Millionen. Die Zahl der Kinder von 6—15 Jahren sank von 5,1 Millionen auf 2,77 Millionen. Nach weiteren fünf Jahren wird danach der Anteil der Kinder von 0—15 Jahren an der Bevölkerung kaum mehr als 20 Proz. betragen und dann wohl noch unter 20 Proz. der Bevölkerung sinken. Demgegenüber ist im Vergleich von 1917 und 1920 die Sterblichkeit der kleinen Kinder und Schulkinder bei beiden Geschlechtern gestiegen, und die Messungen der Schulkinder und Schulentlassenen beweisen die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes. „Eine an Zahl und zugleich an Kraft stark verminderte Jugend," bemerkt dazu die Zeitschrift, „wird also nach einem weiteren Jahrzehnt in das Alter des Schaffens eintreten. Die Politik darf über der Sorge für das laufende Jahr die Sorgfalt für das nächste Jahrzehnt nicht aus dem Auge verlieren, sonst erwachsen uns Gefahren, die noch größer sind als die gegenwärtigen. Die auf die Hälfte und weniger verringerten Jahrgänge der Heranwachsenden müssen gesund gemacht und gesund erhalten werden, und die Aerzte sind verpflichtet und berufen, hier tatkräftig mitzuwirken."